

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2003

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

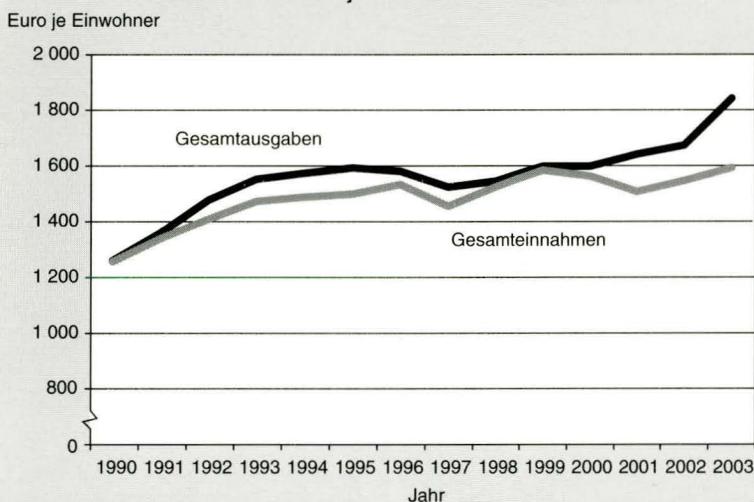
September

Oktober

November

Dezember

Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen der Gemeinden und
Gemeindeverbände je Einwohner 1990 - 2003¹⁾



1) Ohne besondere Finanzierungsvorgänge.

Inhalt

Ausgaben und Einnahmen der Kommunen

- 133 Die Ergebnisse aus verschiedenen Erhebungen der Gemeindefinanzstatistik erlauben es, Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden in der Vergangenheit und für das Jahr 2003 die geplanten Ausgaben und die erwarteten Einnahmen nachzuweisen. Ein deutlicher Anstieg der Nettoneuverschuldung ist ein Indikator der angespannten Lage.
-

Pflegestatistik 2001

- 141 Zum Stichtag 15. Dezember 2001 wurde zum zweiten Mal eine Statistik über die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen durchgeführt. Damit liegen erneut Daten vor, die Informationen über ambulante Pflegedienste und stationäre Pflegeeinrichtungen, dort tätige Personen sowie von diesen betreute Pflegebedürftige geben. Gleichzeitig fallen Angaben über Personen an, die in häuslicher Pflege leben und die Pflegegeldleistungen in Anspruch nehmen.
-

Kurzbeiträge

- 147 Insolvenzen im ersten Halbjahr 2003
148 Wöchentliche Arbeitszeiten der Erwerbstätigen
– Ausgewählte Ergebnisse des Mikrozensus 2002 –
-

Anhang

- 97* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
106* Daten zur Konjunktur Deutschland/Rheinland-Pfalz
108* Neuerscheinungen im August

Finanzierungsdefizit der Kommunen steigt

Mehr Personal- und Sozialhilfeausgaben, Steuern Haupteinnahmequelle

Die Gemeinden und Gemeindeverbände planen für 2003 Ausgaben in Höhe von 7,4 Mrd. Euro und sie erwarten Einnahmen von lediglich 6,5 Mrd. Euro. Dadurch ergibt sich eine Unterdeckung von knapp 1 Mrd. Euro.

Die Haushalte der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände weisen seit mehreren Jahren Defizite aus. Seit 1990 sind die Gesamtausgaben stets höher gewesen als die Gesamteinnahmen der Kommunen, so dass sich ein negativer Finanzierungssaldo ergeben hat. Der negative Finanzierungssaldo ist bis Mitte der 90er Jahre sehr stark angestiegen, konnte in den folgenden Jahren aber erfolgreich reduziert werden. Seit dem Jahr 2000 ist jedoch als Folge der fortschreitenden Verschlechterung der Kommunalfinanzen wieder ein großer Zuwachs zu beobachten.

Die Personalausgaben sind auf der Ausgabenseite einer der gewichtigsten Posten. Für 2003 haben die Gemeinden und Gemeindeverbände dafür 1 995 Mill. Euro eingeplant, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 4% bedeutet. Bei den Leistungen für Sozialhilfe erwarten die Kommunen im Jahr 2003 einen Anstieg um 7% auf 1 333 Mill. Euro. Trotz der Mittelknappheit wollen die Kommunen ihre Sachinvestitionen im Jahr 2003 kräftig erhöhen, und zwar um nahezu ein Drittel auf 1 596 Mill. Euro.

Die Steuern sind trotz nachlassender Ergiebigkeit weiterhin das wichtigste Finanzierungsmittel der Gemeinden. Im Jahr 2003 wird ein Rückgang um 3,7% auf 2 207 Mill. Euro erwartet. Die Hauptsteuerquellen für die Gemeinden sind die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer sowie die Gewerbesteuer. Dank des kontinuierlichen Wachstums haben die Grundsteuern an Bedeutung stark gewonnen. Vor allem bei der Gewerbesteuer verläuft die Entwicklung unregelmäßig. Hier gibt es Jahre mit starkem Wachstum, wie 1996 und abgeschwächt 2000, denen Jahre mit großen Rückgängen, wie 1995, 2001 und 2003, gegenüberstehen.

Die Gewerbesteuer hat heute einen Anteil von 30% an den gesamten Steuereinnahmen. Neben den Steuereinnahmen sind die Gebühren und sonstigen Entgelte eine bedeutende Finanzierungsquelle. Im Jahr 2003 veranschlagten die Kommunen 351 Mill. Euro Gebühreneinnahmen, das sind 3,3% mehr als im Vorjahr.

Mehr über dieses Thema auf Seite 133.

Pflege keine Männersache: 87% des Personals sind Frauen

Pflegeeinrichtungen betreuen 45 732 Pflegebedürftige – gut 1% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung

Ende 2001 gab es in Rheinland-Pfalz 775 Pflegeeinrichtungen, davon 380 ambulante Pflegedienste und 395 stationäre Einrichtungen (Pflegeheime, Kurzzeitpflege- und teilstationäre Einrichtungen), die einen gültigen Versorgungsvertrag mit den Pflegekassen geschlossen hatten. Gegenüber der ersten Erhebung im Jahr 1999 ist die Gesamtzahl der Einrichtungen um 3,2% zurückgegangen. Der Rückgang betrifft ausschließlich die ambulanten Pflegedienste (1999: 411 Einrichtungen), während bei den stationären Pflegeeinrichtungen ein kleiner Zuwachs zu verzeichnen ist (1999: 390 Einrichtungen).

Die 380 ambulanten Pflegedienste führten mit 7 920 Beschäftigten die häusliche Pflege für 18 311 pflegebedürftige Personen durch. In den 395 vollstationären Pflegeheimen, Kurzzeitpflege- und teilstationären Einrichtungen wurden 27 421 Pflegebedürftige von 23 067 Beschäftigten betreut. Bei den insgesamt 30 987 Beschäftigten (ambulant und stationär) lag der Frauenanteil mit 86,7% sehr hoch.

Von den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz wurden insgesamt 45 732 Pflegebedürftige betreut und versorgt. Das waren 1,1% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung. Fast zwei Drittel (29 757) aller zu betreuenden Pflegebedürftigen waren 80 Jahre und älter. Damit wurden 182 Personen, bezogen auf 1 000 Einwohner in dieser Altersgruppe, in Pflegeeinrichtungen oder von Pflegediensten versorgt. Allein von den rund 28 300 über 90-Jährigen des Landes wurden mehr als 34% pflegerisch betreut.

Verteilt auf die drei Pflegestufen waren von den 18 311 ambulant Betreuten fast 45% der Pflegestufe I (erheblich pflegebedürftig), über 40% der Pflegestufe II (schwer pflegebedürftig) und 2 761 Personen (15,1%) der Pflegestufe III (schwerstpflegebedürftig) zugeordnet.

Von den in stationären Einrichtungen versorgten 27 421 Pflegebedürftigen nahmen 9 283 Personen (33,9 %) die Versorgung in der Pflegestufe I in Anspruch; 11 865 Pflegebedürftige (43,3 %) waren in der Pflegestufe II und 5 364 Personen (19,6 %) in Pflegestufe III eingestuft.

909 Pflegebedürftige (3,3 %) waren bisher noch keiner Pflegestufe zugeordnet.

Mehr über dieses Thema auf Seite 141.

Industrie bekam im ersten Halbjahr mehr Aufträge

Auslandsorder im Plus, Inlandsnachfrage geht weiter zurück

In den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben gingen im ersten Halbjahr 2003 preisbereinigt 0,9% mehr Aufträge ein als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Bestellungen ausländischer Kunden stiegen um 3,7%, wogegen die inländischen Geschäftsabschlüsse im gleichen Zeitraum um 1,8% abnahmen. Die insgesamt positive Auftragsentwicklung der Industrie wurde jedoch ausschließlich vom günstigen Ergebnis des ersten Quartals (+5,8%) bestimmt, während von April an die Auftragsgänge unter dem Vorjahresniveau lagen. Allerdings sind die Rückgänge im zweiten Quartal von Monat zu Monat kleiner geworden. Wies der April noch einen Bestellrückgang gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat von 5,3% auf, so hat er sich bis zum Juni nahezu halbiert (-2,8%). Der gleiche Trend ist sowohl bei den Inlands- als auch bei den Auslandsaufträgen zu beobachten.

Der Fahrzeugbau – zweitgrößte Branche im Land – profitierte in den ersten sechs Monaten fast durchweg von einer regen Inlands- und Auslandsnachfrage (+5,6 bzw. +12,6%) und konnte das Gesamtordervolumen damit um 8,9% steigern. Trotz der Rückgänge im zweiten Quartal schloss die chemische Industrie, bedingt durch in den ersten drei Monaten des Jahres überdurchschnittlich stark gestiegene Order auf dem Inlands- und Auslandsmarkt, das Halbjahr mit einem Plus von 3,8% ab.

Eine durchgängig rückläufige Auftragsituation in der ersten Jahreshälfte verzeichneten die Hersteller des saisonabhängigen Textil- und Bekleidungsgebietes, die mit einem Minus von 16% das Vorjahresniveau deutlich verfehlten.

Einzelhandel bekam Konsumzurückhaltung im ersten Halbjahr deutlich zu spüren – Umsätze sanken um 1,1%

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel leidet weiter unter der Konsumzurückhaltung der Kunden. Im ersten Halbjahr sanken die Umsätze nominal um 1,1%. Real, also unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, lagen die Umsätze um 0,8% unter denen des ersten Halbjahres 2002. Diese Werte beziehen sich auf den Einzelhandel ohne Kfz-Handel und Tankstellen.

Gespart wurde vor allem bei Haushaltselektrik und Unterhaltungselektronik. Die Umsätze lagen bei den Fachhändlern in diesem Bereich um 6,2% unter denen des Vorjahres. Auch die Händler, die Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf anbieten, spürten, dass das Geld der Kunden nicht so locker sitzt. Sie setzten 5,5% weniger um als im ersten Halbjahr 2002. 4,4% weniger Umsatz verzeichneten die Bekleidungshäuser. Auch beim Kauf von Nahrungsmitteln ver-

suchten die Konsumenten, die Haushaltskassen zu schonen; Supermärkte nahmen 2,7% weniger ein als im ersten Halbjahr 2002.

Mehr Geld als im Vorjahr steckten die Rheinland-Pfälzer dagegen in die Verschönerung und Reparatur der eigenen vier Wände; bei Bau- und Heimwerkerbedarf, Metallwaren und Anstrichmitteln gab es Umsatzzuwächse von 3,1%. Auch Gesundheit und Körperpflege haben sich die Kunden im ersten Halbjahr mehr kosten lassen als in den ersten sechs Monaten 2002. Apotheken lagen mit ihren Umsätzen um 4,1% über dem Vorjahresergebnis, die Facheinzelhändler von kosmetischen Artikeln und Körperpflegemitteln setzten 3,4% mehr um.

Weniger Facheinzelhandel, mehr Kaufhaus: Auch diese Verschiebung kann als Zeichen der Konsumzurückhaltung verstanden werden. Fachgeschäfte setzten 2% weniger um, Kaufhäuser 2,3% mehr.

Die negative Entwicklung wirkte sich auch auf die Arbeitsplätze im Einzelhandel aus. Ihre Zahl nahm im ersten Halbjahr gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 2,1% ab, wobei der Stellenabbau bei den Vollzeitbeschäftigten mit 3,1% stärker war als bei den Teilzeitkräften (-1,3%).

Hitze bescherte Getränkefachhandel Umsatzplus

Der Super-Sommer bescherte dem rheinland-pfälzischen Getränkefachhandel deutliche Umsatzzuwächse. So stiegen die Umsätze im Juni gegenüber dem Vorjahresmonat um 12,9%.

Damit konnten die Getränkefachhändler die Negativbilanz der ersten Monate wettmachen. Im gesamten ersten Halbjahr setzten sie 2,2% mehr um als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Bruttostundenlohn der Handwerksgesellen im Mai 2003 bei 12,48 Euro

Die Gesellen in zehn ausgewählten Gewerben des rheinland-pfälzischen Handwerks verdienten im Mai 2003 mit durchschnittlich 12,48 Euro brutto je Stunde 1,7% mehr als im Mai 2002. Bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit der Handwerksgesellen von 39,4 bezahlten Stunden (Mai 2002: 39,5 Stunden) ergibt sich ein Bruttomonatslohn von 2 137 Euro.

Den Maler- und Lackierergesellen wurden durchschnittlich 13,27 Euro, den Elektroinstallateuren 12,30 Euro und den Kraftfahrzeugmechanikern 12,70 Euro brutto je Stunde bezahlt. Fleischer- und Bäckergesellen erzielten einen Stundenverdienst von 11,40 Euro bzw. 11,47 Euro.

Ausgaben und Einnahmen der Kommunen

Mit Hilfe der Gemeindefinanzstatistiken können die Ausgaben und Einnahmen der rheinland-pfälzischen Kommunen dargestellt werden. Durch die Verknüpfung von drei unterschiedlichen Erhebungen wird die finanzielle Lage von der Vergangenheit über die Gegenwart hinaus bis in die nahe Zukunft abgebildet. Jährlich werden die Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Arten und Aufgabengebieten erfasst. Nach Abschluss der Aufbereitung liegen nunmehr Ergebnisse für das Jahr 2000 vor. Sie werden ergänzt durch aktuelle vierteljährliche Erhebungen der von den Kämmerern in den Kassen verbuchten Ausgaben und Einnahmen nach Arten, deren Ergebnisse bis einschließlich 2002 verfügbar sind. Die von den Kommunen für das Jahr 2003 geplanten Ausgaben und die erwarteten Einnahmen werden durch die Haushaltsansatzstatistik nachgewiesen.

Die finanzielle Situation der Kommunen ist angespannt. Geprägt wird sie einerseits von stagnierenden oder sogar wegbrechenden Steuereinnahmen, wie bei der Gewerbesteuer, sowie andererseits von wachsenden Ausgaben, wie beispielsweise für Sozialleistungen, wodurch eine Rückführung der Defizite unmöglich scheint.

Darstellungsansätze der Ausgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften

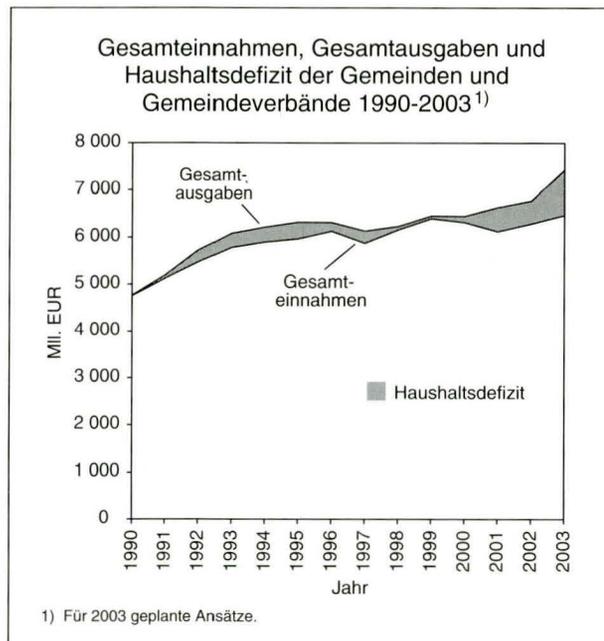
Ausgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften werden in der statistischen Aufbereitung unter verschiedenen Gesichtspunkten gruppiert:

Hauptzweck der *gesamtwirtschaftlichen Gruppierung*, die im Vordergrund dieses Beitrages steht, ist es, die Zusammenhänge zwischen den öffentlichen Haushalten und der Volkswirtschaft aufzuzeigen. Sie verdeutlicht das Finanzgebaren der Kommunen und zeigt gewissermaßen, wie die Kommunen am Wirtschaftsablauf beteiligt sind. Das Gliederungsschema unterscheidet zwischen der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung. Die den besonderen Finanzierungsvorgängen zuzurechnenden Ausgaben und Einnahmen werden als eigener Ausgabe- und Einnahmeblock nachgewiesen.

Die *haushaltsmäßige Gruppierung* folgt den für kommunale Haushalte maßgebenden Gruppierungen. Dabei wird zwischen dem Verwaltungshaushalt und dem Vermögenshaushalt unterschieden.

Die *finanzwirtschaftliche Gruppierung* hat zum Ziel, die Ausgaben für die einzelnen Aufgabengebiete zu durchleuchten und nachzuweisen, in welchem Umfang und in welcher Form die Gebietskörperschaften zur Erfüllung und Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beitragen. Es werden unmittelbare Ausgaben bzw. Einnahmen sowie Zahlungen an bzw. vom öffentlichen Bereich und an bzw. von anderen Bereichen voneinander abgegrenzt.

Ausführliche Erläuterungen zu den methodischen Grundlagen enthält das jährlich erscheinende Handbuch der Finanzstatistik (Bestellnr.: L416).



Weiterhin ansteigender negativer Finanzierungssaldo

Die Gemeinden und Gemeindeverbände planen für 2003 Ausgaben in Höhe von 7,4 Mrd. Euro und sie erwarten Einnahmen von lediglich 6,5 Mrd. Euro, wodurch sich eine Unterdeckung von knapp 1 Mrd. Euro ergibt. Verglichen mit dem Vorjahr ist das eine sehr starke Ausweitung der beabsichtigten Ausgaben bei einer nur moderaten Steigerung der zukünftigen Einnahmen, die bei einer vollständigen Realisierung der Planungen zu einer Verdoppelung des Defizits führen würde. Zu beachten ist jedoch, dass es sich hierbei weitgehend um vorläufige Haushaltsentwürfe handelt, die im Zuge der weiteren Beratungen überarbeitet und revidiert werden müssen.

Die Haushalte der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände weisen seit mehreren Jahren Defizite aus. Seit 1990 sind die Gesamtausgaben stets höher gewesen als die Gesamteinnahmen der Kommunen, so dass sich ein negativer Finanzierungssaldo ergeben hat. Der negative Finanzierungssaldo ist bis Mitte der 90er Jahre sehr stark angestiegen, konnte in den folgenden Jahren aber erfolgreich reduziert werden. Seit dem Jahr 2000 ist jedoch als Folge der fortschreitenden Verschlechterung der Kommunalfinanzen wieder ein großer Zuwachs zu beobachten.

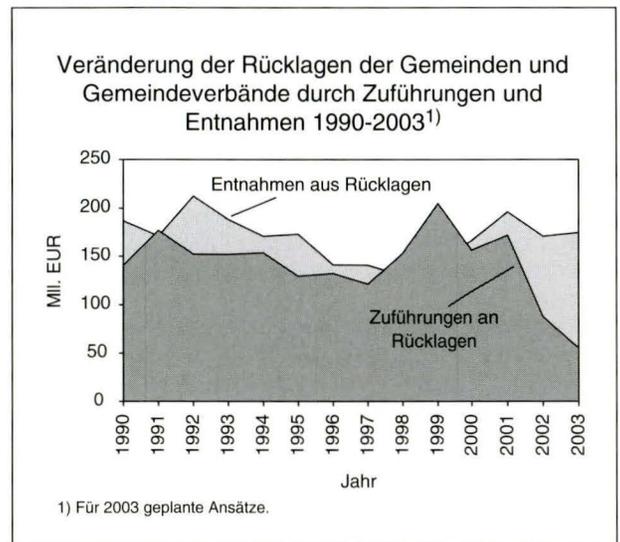
Auch in der Entwicklung der so genannten besonderen Finanzierungsvorgänge schlägt sich die finanzielle Situation der Kommunen nieder. Durch die Aufnahme von Schulden können die Kommunen Finanzierungsengepässe überbrücken. Von 1990 bis 1993 mussten sie den Fremdmiteinsatz auf 393 Mill. Euro nahezu verdoppeln, während er in den folgenden Jahren, mit Ausnahme von 1999 (hier wurden 344 Mill. Euro neu aufgenommen), in einer relativ engen Bandbreite um den Wert von 300 Mill. Euro schwankte. Im Jahr 2002 wurden neue Kredite in Höhe von 376 Mill. Euro benötigt und für 2003 wird der bisher unerreichte Wert von



639 Mill. Euro erwartet. Nach Gegenrechnung der Schuldentilgungen ergibt sich eine gegenüber früheren Jahren deutlich höhere Nettoverschuldung.

Auch die Deckung von Vorjahresfehlbeträgen beansprucht immer höhere Mittel. Sie entstehen, wenn eine Kommune die Lücke zwischen den laufenden Ausgaben und Einnahmen nicht schließen kann, auch nicht mit Zuführungen aus dem Vermögenshaushalt durch Rücklagenentnahmen oder Vermögensveräußerungen. Dieser Fehlbetrag ist spätestens im übernächsten Haushaltsjahr auszuweisen, das heißt dort erscheint er dann als zusätzliche Ausgabe. Beliefen sich 1990 diese Altfehlbeträge noch auf 47 Mill. Euro, so sind sie in den 90er Jahren kontinuierlich auf 522 Mill. Euro angewachsen. Nur in 2000 und 2001 wurden sie mit 395 Mill. Euro bzw. 487 Mill. Euro wieder deutlich niedriger ausgewiesen. Seither ist allerdings ein Zuwachs festzustellen, der zu einem erheblich höheren als Niveau Ende der 90er Jahre führt, denn für 2003 werden Vorjahresfehlbeträge in Höhe von 657 Mill. Euro erwartet.

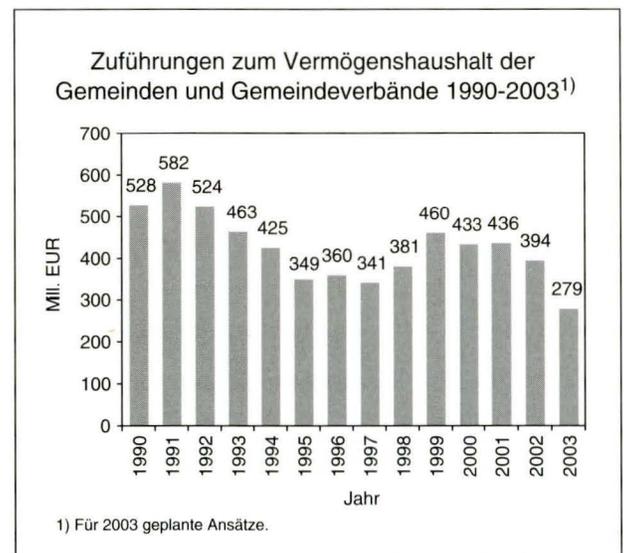
In der Finanzstatistik wird der Bestand an Rücklagen nicht erfasst. Die Refinanzierungsmöglichkeit der Kommunen aus den zurückgelegten Mitteln kann daher nur



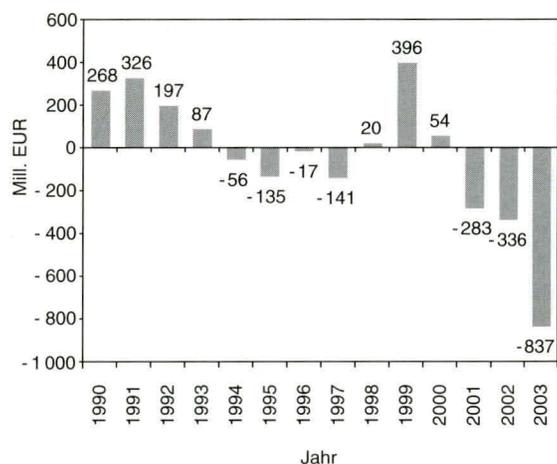
anhand der Zuführung zu bzw. der Entnahme aus Rücklagen näherungsweise ermittelt werden. Die Zuführungen an Rücklagen sind in den letzten Jahren reduziert und die Entnahmen ausgeweitet worden, deshalb hat der negative Saldo zugenommen. Aber auch bereits in den 90er Jahren, mit Ausnahme von 1991, 1998 und 1999, wurden die kommunalen Rücklagen per Saldo aufgezehrt.

Geringer Einnahmeüberschuss im Verwaltungshaushalt

Eine wichtige Kennzahl zur Beurteilung der Finanzlage einer Gemeinde ist der Zuführungsbetrag zum Vermögenshaushalt, der aus dem Einnahmeüberschuss im Verwaltungshaushalt erwirtschaftet wird. Er steht beispielsweise für Investitionsvorhaben, für die Ansammlung von Rücklagen oder zur Schuldentilgung zur Verfügung. Nach der Haushaltsverordnung muss dem Vermögenshaushalt mindestens ein Betrag zugeführt werden, der die Kreditbeschaffungskosten und die ordentliche Tilgung von Krediten deckt; dies ist die so genannte Pflichtzuführung. Der in den Verwaltungshaushalten erwirtschaftete Einnahmeüberschuss bewegte



„Freie Spitze“ in den Haushalten der Gemeinden und Gemeindeverbände 1990-2003¹⁾



1) Für 2003 geplante Ansätze.

sich Anfang der 90er Jahre noch zwischen 524 Mill. und 582 Mill. Euro. Dieses hohe Niveau konnte in den folgenden Jahren nicht gehalten werden, denn die Zuführungen sanken bis 1997 auf 341 Mill. Euro, konnten anschließend jedoch wieder deutlich erhöht werden. Im Jahr 2002 erreichte der Überschuss im Verwaltungshaushalt immerhin 394 Mill. Euro, für 2003 rechnen die Kommunen allerdings nur noch mit 279 Mill. Euro, dem niedrigsten Wert in dieser Beobachtungsreihe.

Ein Maß für die Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit einer Kommune ist die so genannte freie Spitze, bei der nach der finanzstatistischen Berechnung diejenigen Einnahmen und Ausgaben zugrunde gelegt werden, die ihrer Art nach in der Regel jährlich wiederkehrend anfallen. Zusätzlich werden bestimmte Zuweisungen (z. B. Rückflüsse von Darlehen, Tilgungsausgaben) und Absetzungen (z. B. Zuführung zum/vom Vermögenshaushalt, Bedarfszuweisungen) bei der Ermittlung des Überschusses bzw. des Fehlbetrages der laufenden Rechnung vorgenommen. Ist die Kennzahl positiv, dann stehen über die Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt hinaus Mittel – zum Beispiel zur Finanzierung von Investitionen oder zur Bildung von

Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) 1990-2003 nach Arten

Ausgabeart	1990	1995	2000	2002	2003 ¹⁾
	1 000 EUR				
Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)					
Insgesamt	4 763 598	6 320 303	6 449 326	6 774 017	7 428 152
davon					
Laufende Rechnung					
Personalausgaben	1 269 841	1 664 827	1 813 288	1 918 386	1 995 233
laufender Sachaufwand	929 071	1 015 350	1 112 312	1 201 775	1 262 967
Zinsausgaben	241 803	308 887	285 194	298 870	367 900
laufende Zuweisungen und Zuschüsse	2 152 170	3 519 211	3 518 019	3 596 492	3 689 556
darunter Sozialhilfe und sonstige Unterstützungen	712 561	1 425 459	1 200 124	1 245 516	1 332 683
Schuldendiensthilfen	4 227	4 933	4 910	5 721	5 446
Bruttoausgaben der laufenden Rechnung	4 597 112	6 513 208	6 733 724	7 021 243	7 321 102
abzüglich Zahlungen von Gemeinden (Gv.)	991 975	1 472 052	1 574 481	1 581 472	1 605 631
Gesamtausgaben der laufenden Rechnung	3 605 137	5 041 156	5 159 243	5 439 771	5 715 471
Kapitalrechnung					
Sachinvestitionen	1 049 715	1 167 333	1 199 160	1 217 040	1 595 618
Vermögensübertragungen	112 386	143 293	107 583	120 437	144 687
Darlehen	16 939	5 709	3 637	4 259	2 237
Erwerb von Beteiligungen	13 740	11 315	8 478	21 049	3 480
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	4 471	3 750	2 962	3 966	4 223
Bruttoausgaben der Kapitalrechnung	1 197 287	1 331 400	1 321 821	1 366 751	1 750 245
abzüglich Zahlungen von Gemeinden (Gv.)	38 844	52 252	31 737	32 505	37 564
Gesamtausgaben der Kapitalrechnung	1 158 442	1 279 147	1 290 083	1 334 246	1 712 681
Ausgaben für besondere Finanzierungsvorgänge					
Insgesamt	401 363	507 961	789 283	849 520	1 078 960
Schuldentilgung	213 726	217 805	238 558	240 906	367 071
Zuführungen an Rücklagen	140 588	129 345	156 161	87 526	55 197
Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	47 049	160 811	394 564	521 088	656 692

1) Geplante Ausgaben.

Rücklagen – zur Verfügung. Ist der Wert negativ, reichen die laufenden Einnahmen nicht mehr zur Finanzierung der laufenden Ausgaben aus.

Nachdem die freie Spitze bereits 2002 auf –336 Mill. Euro gesunken war, erwarten die Kommunen für 2003 einen Wert von –837 Mill. Euro. Bereits von 1994 bis 1997 war die freie Spitze in den negativen Bereich abgerutscht, wobei die Spanne seinerzeit zwischen –17 Mill. und –141 Mill. Euro lag. Die Verschlechterung der kommunalen Finanzen zeigt sich auch darin, dass erstmals für 2003 alle Gebietskörperschaftsgruppen eine negative freie Spitze erwarten. Im Vorjahr konnten noch die verbandsfreien Gemeinden eine freie Spitze von 21 Mill. Euro erwirtschaften. Die kreisfreien Städte weisen seit 1992 durchgängig einen negativen Wert auf.

Steigende Personalausgaben

Die Struktur der kommunalen Ausgaben wird geprägt durch die Aufwendungen für das Personal, für die Sozialhilfe, für den laufenden Sachaufwand und in geringerem Maß durch die Zinsausgaben. Diese Positionen lassen sich zumindest kurzfristig nur in begrenztem Umfang variieren, während bei den Sachinvestitionen größerer Spielraum besteht, indem Projekte zeitlich gestreckt realisiert werden können.

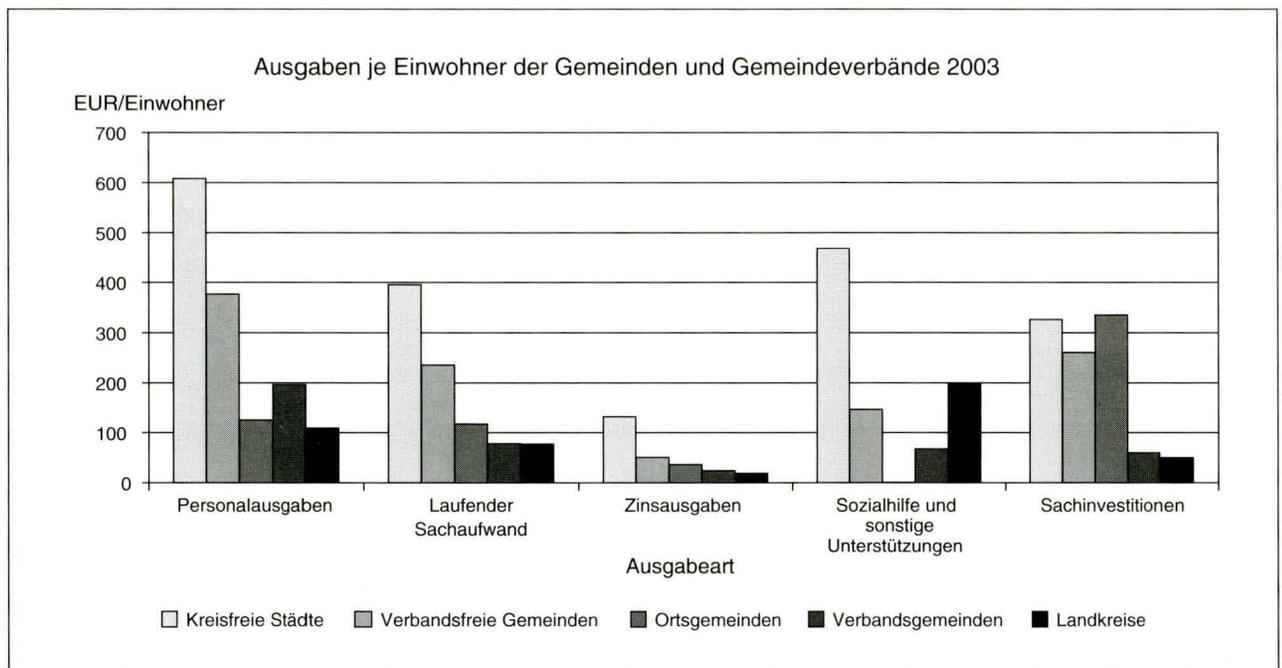
Die Personalausgaben sind auf der Ausgabenseite einer der wichtigsten Posten. Für 2003 haben die Gemeinden und Gemeindeverbände dafür 1 995 Mill. Euro eingeplant, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 4% bedeutet. Dies wäre nach 1995 der höchste Zuwachs. Insbesondere von 1996 bis 1998 gelang es den Kommunen, den Personalkostenanstieg auf 0,9 bis 1,6% jährlich zu begrenzen. Im Jahr 2003 werden für die Beschäftigtenlöhne und -gehälter 21,9% des Etats benötigt. Diese Personalausgabenquote schwankt ohne eindeutige Tendenz seit Jahren in einer relativ engen Bandbreite um einen Wert von 22%. Verglichen mit 1990 ist jedoch ein Anstieg um etwa vier Prozentpunkte festzustellen.

Im Schnitt entfallen im Jahr 2003 auf jeden Einwohner Personalausgaben in Höhe von 493 Euro. Die höchsten Personalausgaben verzeichnen die kreisfreien Städte mit 608 Euro je Einwohner, während im Landkreisbereich 442 Euro je Einwohner ausreichen. Verbandsfreie Gemeinden wenden für ihre Beschäftigten 377 Euro je Einwohner auf, Verbandsgemeinden kommen mit 196 Euro je Einwohner aus. Ortsgemeinden veranschlagen 125 Euro je Einwohner für ihr Personal. Die Landkreise selbst haben mit 109 Euro je Einwohner die niedrigsten Personalausgaben.

Zunehmende Leistungen für Sozialhilfe veranschlagt

Bei den Leistungen für Sozialhilfe erwarten die Kommunen im Jahr 2003 einen Anstieg um 7% auf 1 333 Mill. Euro. Der große Zuwachs ist wohl auch auf die erwarteten höheren Ausgaben durch die Einführung der Alterssicherung zurückzuführen. Die Sozialhilfeaufwendungen binden damit 14,7% der Ausgaben. Der Anteil der Sozialhilfeleistungen verharrt seit 1999 nahezu unverändert bei knapp unter 15%, nachdem er in den Vorjahren wesentlich höher lag, nämlich bei 18,2% im Jahr 1995. Der absolute Betrag für Sozialhilfe ist 2003 trotz der großen erwarteten Steigerungsrate dennoch niedriger als die Ausgaben dafür in 1995. Dies ist wohl auch eine Folge der Einführung der Pflegeversicherung, die zu einer Entlastung der Kommunalhaushalte geführt hat. Ein Vergleich mit 1990 zeigt jedoch, dass die Belastung der Kommunalhaushalte durch die Sozialhilfe langfristig eher zugenommen hat, denn seinerzeit wurden 10,3% der Bruttoausgaben für Sozialhilfe verwendet.

Je Einwohner haben die Gemeinden und Gemeindeverbände in ihren Haushalten für 2003 an Sozialhilfe und sonstigen Unterstützungen 329 Euro berücksichtigt, gegenüber dem Vorjahr sind das 21 Euro je Einwohner mehr. Insbesondere die kreisfreien Städte sind durch die Leistungen für Sozialhilfe sehr stark belastet, denn sie müssen je Einwohner 468 Euro ausgeben,



während der Landkreisbereich (Kreis, Verbandsgemeinden und die kreisangehörigen Gemeinden) lediglich 283 Euro je Einwohner Unterstützung gewährt.

Anteil des laufenden Sachaufwandes relativ konstant

Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand werden nach den Planungen der Kommunen 2003 um 5,1% auf 1 263 Mill. Euro zunehmen. Unter dieser Sammelposition werden hauptsächlich Ausgaben für den Unterhalt von Grundstücken und von baulichen Anlagen, Mieten und Pachten, Haltung von Kraftfahrzeugen u. Ä. subsumiert. Im weitesten Sinne handelt es sich hierbei also um einen Teil der Folgekosten von Investitionen. Der Anteil des Sachaufwandes an den Bruttoausgaben bewegt sich im Zeitablauf in der relativ engen Bandbreite zwischen 12,9 und 14,3%, ohne dass eine eindeutige Tendenz nach oben oder unten zu erkennen ist.

Je Einwohner werden für den laufenden Sachaufwand 312 Euro veranschlagt. Auch hier sind die Ausgaben in den kreisfreien Städten deutlich höher als im Landkreisbereich. Die verbandsfreien Gemeinden benötigen für den laufenden Sachaufwand mit 236 Euro je Einwohner nahezu doppelt so viel wie die Ortsgemeinden. Verbandsgemeinden und Landkreise haben mit 78 bzw. 77 Euro je Einwohner den geringsten Aufwand.

Kommunen erwarten stark steigende Zinsausgaben

Neu aufgenommene Kredite eröffnen einerseits Finanzierungsspielräume, andererseits müssen die Kommunen dafür Zinsen zahlen, wodurch Mittel gebunden werden. Im Jahr 2003 rechnen die Gemeinden und Gemeindeverbände mit Zinszahlungen in Höhe von 368 Mill. Euro, das wäre fast ein Viertel mehr als im Vorjahr. Die hohe Zunahme der Zinszahlungen ist Folge der erwarteten Defizite, die durch Kredite finanziert werden müssen. Damit würde die Zinsausgabenquote auf 4,1% steigen, im Vorjahr betrug sie 3,6%. Im langjährigen Vergleich bewegte sich die Zinsausgabenquote zwischen 3,4 und 3,9%. Die Werte im oberen Bereich wurden wohl auch als Folge der Hochzinsphase Mitte der 90er Jahre registriert.

Besonders stark belastet sind auch hier die kreisfreien Städte mit 131 Euro je Einwohner. Sie und vor allem die Ortsgemeinden erwarten darüber hinaus im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Steigerung der Zinsausgaben je Einwohner. Die Ortsgemeinden haben in ihren Etats 37 Euro Zinsausgaben je Einwohner eingeplant. Im Landkreisbereich insgesamt sind 77 Euro je Einwohner vorgesehen.

Hohes Investitionsvolumen angestrebt

Trotz der Mittelknappheit wollen die Kommunen ihre Sachinvestitionen im Jahr 2003 kräftig erhöhen, und zwar um nahezu ein Drittel auf 1 596 Mill. Euro. Das wäre der höchste jemals registrierte Wert. Im langjährigen Durchschnitt belaufen sich die kommunalen Sachinvestitionen auf etwa 1 200 Mill. Euro. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Baumaßnahmen; der Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen spielt eine untergeordnete Rolle.

Hauptträger der kommunalen Sachinvestitionen sind die Ortsgemeinden, gefolgt von den kreisfreien Städten und verbandsfreien Gemeinden. Die Ortsgemeinden wollen im Jahr 2003 je Einwohner 335 Euro investieren, die kreisfreien Städte planen 326 Euro und die verbandsfreien Gemeinden 260 Euro. Die Gemeindeverbände haben wegen ihrer anders gelagerten Aufgabenstellung einen wesentlich geringeren Investitionsbedarf.

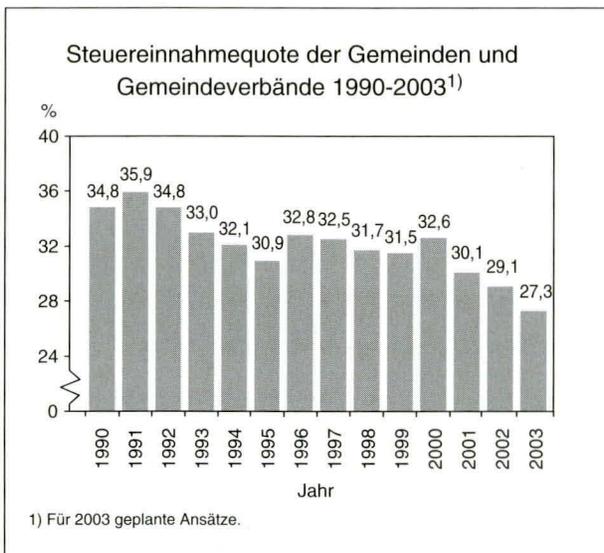
Als Folge der geplanten Sachinvestitionsaufstockungen wird die Sachinvestitionsquote, das ist der Anteil der Sachinvestitionen an den Bruttoausgaben, auf 17,5% steigen. Sie liegt damit um fast zwei Prozentpunkte über dem langjährigen Durchschnitt. Die Ortsgemeinden wollen 31,5% ihres Etats investieren, bei den verbandsfreien Gemeinden sind es 17,6% und bei den kreisfreien Städten 14,8% der Bruttoausgaben.

Die gesamten bereinigten kommunalen Investitionen werden im Vermögenshaushalt ausgewiesen. Ihre Finanzierung kann nur teilweise nachvollzogen werden, da in den Haushalten das so genannte Deckungsprinzip gilt (alle Einnahmen decken alle Ausgaben, ohne Zweckbindung).

Eine Finanzierungsquelle ist die Schuldenaufnahme am Kreditmarkt. Sie deckt 37,5% der bereinigten kommunalen Investitionen. Der Finanzierungsanteil der Investitionszuweisungen liegt bei 32,1% und die Rücklagenentnahme trägt 10,3% dazu bei. Gegenüber 1990 hat sich der durch Kreditaufnahme finanzierte Anteil mehr als verdoppelt, der Beitrag der Investitionszuweisungen ist geringfügig gestiegen und der Finanzierungsanteil der Rücklagenentnahmen hat sich deutlich verringert.

Steuereinnahmen weiterhin rückläufig

Die Steuern sind trotz nachlassender Ergiebigkeit weiterhin das wichtigste Finanzierungsmittel der Gemeinden. Im Jahr 2003 wird ein Rückgang um 3,7% auf 2 207 Mill. Euro erwartet. Gegenüber dem Höchstwert im Jahr 2000 ist das ein Minus von 14,4%. Die sinkende Bedeutung der kommunalen Steuereinnahmen wird durch die Steuereinnahmequote, das ist der Anteil



Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) 1990-2003 nach Arten

Ausgabeart	1990	1995	2000	2002	2003 ¹⁾
	1 000 EUR				
Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)					
Insgesamt	4 751 189	5 965 990	6 314 611	6 282 214	6 464 062
davon					
Laufende Rechnung					
Steuern	2 000 884	2 305 027	2 578 939	2 291 063	2 206 537
Grundsteuer	231 042	305 433	377 702	397 668	403 770
Gewerbsteuer	811 723	742 677	906 461	740 457	661 088
Gemeindeanteil an Gemeinschaftsteuern	843 348	1 109 361	1 147 795	1 086 284	1 112 738
darunter Einkommensteuer	843 348	1 109 361	1 031 543	968 571	991 742
Grunderwerbsteuer	94 934	121 334	119 557	38 775	-
sonstige Steuern	19 838	26 221	27 424	27 879	28 941
steuerähnliche Einnahmen	11 783	12 261	5 693	5 609	5 570
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	372 263	407 135	362 455	395 629	392 562
Zinseinnahmen	70 452	42 678	39 553	37 729	38 311
laufende Zuweisungen und Zuschüsse	2 228 784	3 329 169	3 543 845	3 744 624	3 720 838
Schuldendiensthilfen	4 927	1 827	3 993	1 186	2 198
sonstige laufende Einnahmen	392 620	515 147	515 210	492 254	500 374
darunter Gebühren und Entgelte	272 949	364 981	334 585	339 922	351 283
Bruttoeinnahmen der laufenden Rechnung	5 081 713	6 613 244	7 049 689	6 968 094	6 866 390
abzüglich Zahlungen von Gemeinden (Gv.)	991 975	1 472 052	1 574 481	1 581 472	1 605 631
Gesamteinnahmen der laufenden Rechnung	4 089 738	5 141 192	5 475 208	5 386 623	5 260 759
Kapitalrechnung					
Veräußerung von Sachvermögen	166 805	222 971	254 616	273 552	335 586
Vermögensübertragungen	507 497	626 669	570 264	586 679	876 638
Darlehensrückflüsse	11 854	8 919	14 319	9 946	9 267
Veräußerung von Beteiligungen	2 574	8 517	28 411	55 399	18 721
Schuldenaufnahme vom öffentlichen Bereich	11 547	9 974	3 530	2 521	655
Bruttoeinnahmen der Kapitalrechnung	700 277	877 051	871 141	928 096	1 240 867
abzüglich Zahlungen von Gemeinden (Gv.)	38 826	52 252	31 737	32 505	37 564
Gesamteinnahmen der Kapitalrechnung	661 451	824 799	839 403	895 591	1 203 303
Einnahmen aus besonderen Finanzierungsvorgängen					
Insgesamt	386 982	469 631	490 945	546 484	813 179
Schuldenaufnahme	200 172	296 418	324 494	375 567	638 509
Entnahmen aus Rücklagen	186 810	173 212	166 450	170 917	174 670

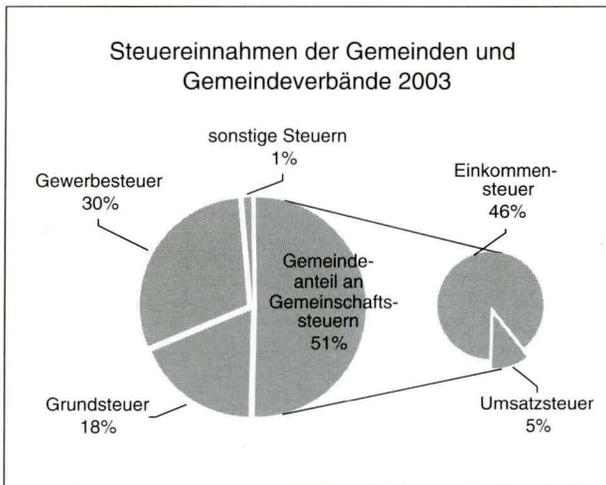
1) Geplante Ausgaben.

der Steuereinnahmen an den Bruttoeinnahmen, dokumentiert, denn sie ist seit 2000 um 5,3 Prozentpunkte gesunken. Damit decken die Steuereinnahmen 2003 voraussichtlich lediglich knapp ein Viertel der Bruttoausgaben, im Jahr 2000 war es noch fast ein Drittel.

Die Hauptsteuerquellen für die Gemeinden sind die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer sowie die Gewerbesteuer. Aufgrund kontinuierlicher Zunahmen haben die Grundsteuern an Bedeutung stark gewonnen; sie tragen mittlerweile 18,3% zu den Steuereinnahmen bei. Die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern – sie bringen heute mehr als 50% der gesamten kommunalen Steuereinnahmen – entwickeln sich relativ kontinuierlich. In einzelnen Jahren, wie zuletzt 2001, als ein Rückgang um 5,8% registriert wurde, ist das Aufkommen gesunken, dennoch ist langfristig ein großer Zuwachs zu beobachten. Wesent-

lich unregelmäßiger verläuft die Entwicklung bei der Gewerbesteuer. Hier gibt es Jahre mit starkem Wachstum, wie 1996 und abgeschwächt 2000, denen Jahre mit großen Rückgängen, wie 2001, 2003 und 1995, gegenüberstehen. Die Gewerbesteuer hat heute einen Anteil von 30% an den gesamten Steuereinnahmen. Dieser Wert liegt noch unter der Quote für 1995, als ebenfalls die Gewerbesteuerereinnahmen eingebrochen waren.

Die kreisfreien Städte sind in sehr viel größerem Maße von der Gewerbesteuer abhängig als die verbandsfreien Gemeinden und vor allem die Ortsgemeinden, denn bei ihnen stammen 37,4% der Steuereinnahmen von den Gewerbesteuerpflichtigen, bei den anderen sind es 33,2% bzw. 23,7%. Bei den Ortsgemeinden sind Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer mit 56,7% die dominante Steuerart.



Je Einwohner erwarten die Gemeinden 2003 Steuereinnahmen von 545 Euro. Davon stammen 275 Euro je Einwohner von den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und der Umsatzsteuer, 163 Euro je Einwohner von den Gewerbesteuerzahlenden und 100 Euro je Einwohner von den Grundbesitzern. Die kreisfreien Städte erzielen bei allen Steuerarten die höchsten Beträge je Einwohner, gefolgt von den verbandsfreien Gemeinden und den Ortsgemeinden.

Gebühreneinnahmen steigen

Neben den Steuereinnahmen sind die Gebühren und sonstigen Entgelte eine bedeutende Finanzierungsquelle. Im Jahr 2003 veranschlagen die Kommunen 351 Mill. Euro Gebühreneinnahmen, das sind 3,3% mehr als im Vorjahr. Auf jeden Einwohner entfallen 87 Euro. Überdurchschnittliche Bedeutung haben die Gebühreneinnahmen für die kreisfreien Städte und für die verbandsfreien Gemeinden.

Die Bedeutung der Gebühreneinnahmen für die Kommunalhaushalte hat jedoch abgenommen, denn sie sind weniger stark gewachsen als die Bruttoeinnahmen insgesamt. Die Gebühreneinnahmequote liegt heute bei 4,3% und damit deutlich unter dem Wert in der Mitte der 90er Jahre.

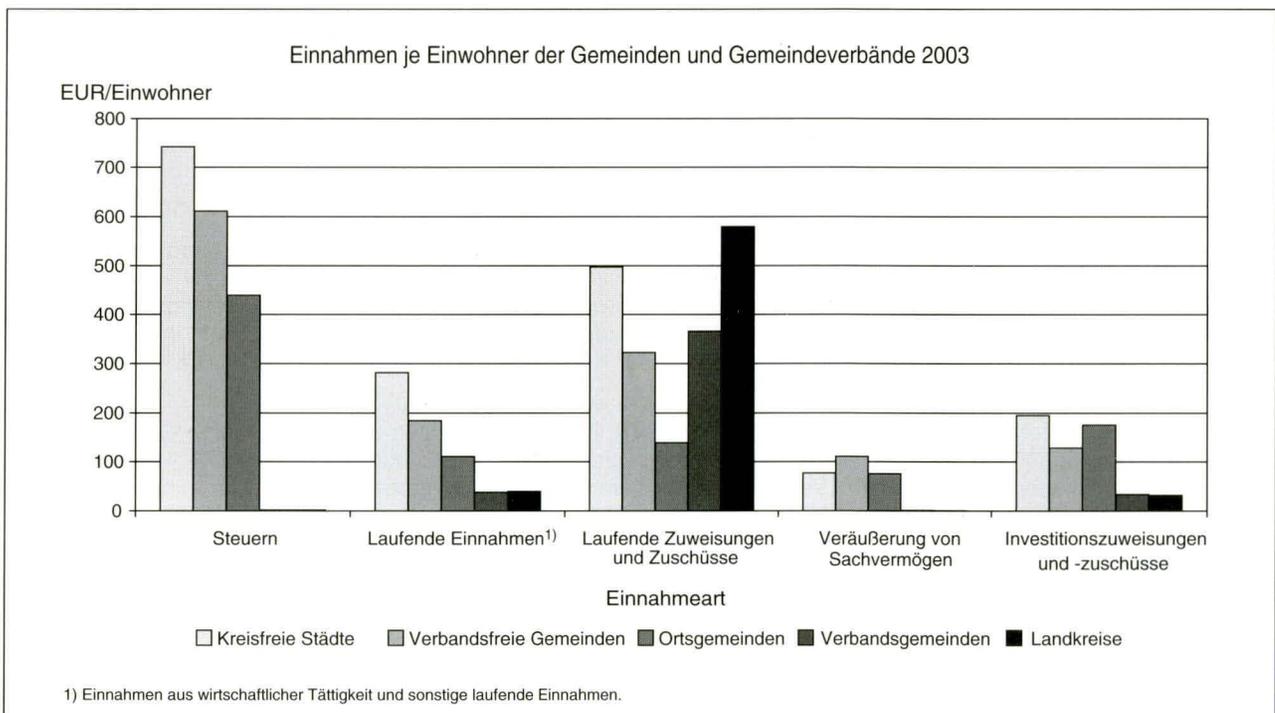
Neben den Gebühreneinnahmen erwirtschaften die Kommunen weitere laufende Einnahmen aus ihrer Verwaltungstätigkeit und Erstattungen von anderen Bereichen in Höhe von 149 Mill. Euro. Während die sonstigen Verwaltungseinnahmen rückläufig sind, entwickeln sich die Erstattungen von Verwaltungsausgaben positiv, hierbei handelt es sich vor allem um die Erstattung von Verwaltungskosten durch Eigenbetriebe.

Auch aus wirtschaftlicher Tätigkeit erwarten die Kommunen im Jahr 2003 Einnahmen in Form von Mieten und Pachten, Gewinnen aus Unternehmen und Beteiligungen, Konzessionsabgaben sowie Einnahmen durch den Verkauf von beweglichen Sachen in Höhe von 393 Mill. Euro. Der größte Teil stammt aus Konzessionsabgaben sowie Mieten und Pachten. Das Wachstum der Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit ist allerdings sehr gering.

Mittel verschaffen sich die Kommunen auch durch die Veräußerung von Sachvermögen und von Beteiligungen. Beide Einnahmearten zeigen ein sehr dynamisches Wachstum, wobei vor allem die Veräußerung von Sachvermögen mit 336 Mill. Euro sehr ergiebig ist. Der Verkauf von Beteiligungen soll dagegen nur 19 Mill. Euro einbringen.

Zuweisungen und Zuschüsse auf hohem Niveau

Neben den Einnahmen aus den originären Quellen erhalten die Kommunen Finanzaufweisungen und Zuschüsse, vor allem im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs vom Land und in Form von Verbands- bzw. Kreisumlagen von den Gemeinden selbst. Die Kommunen erwarten für 2003 laufende Zuweisungen



und Zuschüsse von insgesamt 3 721 Mill. Euro sowie Zuwendungen für Investitionen in Höhe von 877 Mill. Euro. Während die allgemeinen Zuweisungen leicht rückläufig sind, werden für Investitionen um fast 50% höhere Zuwendungen veranschlagt.

Je Einwohner werden 919 Euro laufende Zuweisungen und Zuschüsse von den Kommunen vereinnahmt. Die höchsten Pro-Kopf-Beträge entfallen auf die Landkreise und die kreisfreien Städte. Darüber hinaus werden Investitionsvorhaben (denen die Vermögensübertragungen der Kapitalrechnung zuzuordnen sind) mit 216 Euro je Einwohner bezuschusst, wobei die Hauptempfänger die kreisfreien Städte und die Ortsgemeinden sind.

Die allgemeinen Zuweisungen (laufende Zuweisungen und Zuschüsse) haben vor allem für die Haushalte

der Landkreise und Verbandsgemeinden eine große Bedeutung; sie haben hier einen Anteil an den Bruttoeinnahmen von 21,7 bzw. 14,7%. Dies deshalb, weil die Gemeindeverbände kaum über eigene Steuereinnahmen verfügen und daher in großem Maße auf Zuweisungen und auch auf die Umlagen als Finanzierungsquelle für ihre Aufgaben angewiesen sind. Aber auch bei den kreisfreien Städten ist die Zuweisungsquote mit 10,8% recht hoch.

Im Zeitablauf weisen die Zuweisungen und Zuschüsse die höchsten Zuwachsraten auf. Sie sind seit 1990 etwa doppelt so stark gestiegen wie die Einnahmen insgesamt und wirken sich damit stabilisierend auf die finanzielle Lage der Kommunen aus.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Handbuch der Finanzstatistik – Aktualisierte Ausgabe 2002 erschienen

Umfassende und detaillierte Information über die Finanzen des Landes und der kommunalen Körperschaften

In dem bewährten kartoniert gebundenen Nachschlagewerk werden sowohl die Einnahmen und Ausgaben des Landes als auch die Finanzen der Kommunen bis auf die Ebene der einzelnen Verbandsgemeinden bzw. verbandsfreien Gemeinden dargestellt. Sehr differenzierte Informationen – beispielsweise, wie viel Geld eine Verbandsgemeinde für Baumaßnahmen ausgegeben hat oder wie viel Personal beschäftigt wird – können dieser Veröffentlichung entnommen werden. Auch der Schuldenstand des Landes und der Kommunen lässt sich aus dem Handbuch der Finanzstatistik ersehen, ebenso wie die Steuereinnahmen.

Besonderen Wert für Analysen haben die Regionaltabellen, in denen Angaben auch für einzelne Gebietskörperschaften nachgewiesen werden. Neben der Gesamtschau des öffentlichen Sektors als Teil der Volkswirtschaft ist die einzelwirtschaftliche Betrachtung im Vergleich mit anderen Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreisen eine wesentliche Auswertungsmöglichkeit, die das tief gegliederte finanzstatistische Zahlenmaterial eröffnet.

Dem mehr als 600 Seiten umfassenden Tabellenteil sind ausführliche methodische Abhandlungen vorangestellt, die sowohl die materiellen Grundlagen der erhobenen Tatbestände als auch das statistische Verfahren erläutern. Inhalt und Aussagefähigkeit der vorgelegten Ergebnisse werden damit klar umschrieben. Das Handbuch der Finanzstatistik kann zum Preis von 25 Euro zuzüglich Versandkosten bezogen werden.

Pflegestatistik 2001

Zum Stichtag 15. Dezember 2001 wurde zum zweiten Mal eine Statistik über die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen durchgeführt. Sie umfasst zusätzlich auch die Pflegegeldleistungen bei häuslicher Pflege. Letztere Angaben wurden vom Statistischen Bundesamt für alle Bundesländer zentral zum Stichtag 31. Dezember 2001 erhoben.

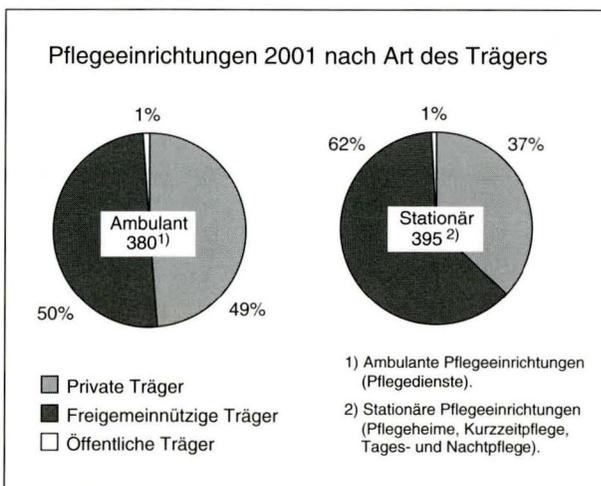
Anzahl der ambulanten Pflegedienste rückläufig

Am 15. Dezember 2001 gab es in Rheinland-Pfalz 775 Pflegeeinrichtungen, davon 380 ambulante Pflegedienste und 395 stationäre Pflegeheime, die einen gültigen Versorgungsvertrag mit den Pflegekassen geschlossen hatten, das heißt zumindest teilweise Leistungen nach dem Pflege-Versicherungsgesetz (SGB XI) erbringen.

Gegenüber der ersten Erhebung 1999 ist die Gesamtzahl der Einrichtungen um 3,2% zurückgegangen. Der Rückgang betrifft ausschließlich die ambulanten Pflegedienste (1999: 411 Einrichtungen), während bei den stationären Pflegeeinrichtungen mit fünf Heimen mehr ein kleiner Zuwachs zu verzeichnen ist. Je nach Art bieten die Heime Plätze für die vollstationäre (Dauer- und Kurzzeitpflege) bzw. die teilstationäre Pflege (Tages- und Nachtpflege) an.

18 der Pflegedienste waren als eigenständiger Dienst einem Pflegeheim, einer Wohneinrichtung o. Ä. angeschlossen. Die Mehrzahl der Pflegedienste bietet neben Leistungen nach dem Pflege-Versicherungsgesetz (SGB XI) auch andere Sozialleistungen an. Ausschließlich aufgrund des SGB XI waren nur fünf Pflegedienste tätig.

Die Hälfte der ambulanten Dienste war in freigemeinnütziger Trägerschaft, während bei knapp 49% Privatpersonen als Träger angegeben wurden. Lediglich vier (gut 1%) der ambulanten Einrichtungen waren in öffentlicher Trägerschaft.



Auch bei den stationären Einrichtungen waren die freigemeinnützigen Träger mit über 62% die größte Anbietergruppe, während die privaten Träger knapp 37% der Einrichtungen unterhielten. Die öffentlichen Träger hatten mit weniger als 1% auch bei den Pflegeeinrichtungen einen unbedeutenden Anteil.

Die Zahl der stationär verfügbaren Pflegeplätze ist um gut 3% gestiegen. Reduziert wurden nur die Plätze für Kurzzeitpflege. Die Zahl der vollstationären Dauerpflegeplätze stieg um 3%.

Im Schnitt hatten die Heime 79 Plätze für vollstationäre Kurzzeit- bzw. Dauerpflege – einen mehr als 1999. Bezogen auf 1 000 Einwohner im Alter von 65 Jahren

Zur Erhebung im Einzelnen: Auskunftspflichtige und Erhebungsmerkmale

Die erste Statistik dieser Art fand 1999 statt. Der zweijährige Erhebungsturnus ist in der Pflegestatistik-Verordnung festgelegt. Auskunftspflichtig sind die Träger der Pflegedienste und Pflegeheime, die zugelassenen ambulanten Pflegeeinrichtungen bzw. die teilstationären und vollstationären Pflegeeinrichtungen, mit denen ein Versorgungsvertrag nach dem Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI) besteht oder die Bestandsschutz genießen und demnach als zugelassen gelten. Für die Erhebung über die Pflegegeldleistungen haben die Träger der Pflegeversicherung (Pflegekassen) sowie die privaten Versicherungsunternehmen Auskunft zu erteilen.

Die Erhebung liefert für die ambulanten Pflegedienste Informationen über die Art des Pflegedienstes und der Trägerschaft sowie über die im Pflegedienst tätigen Personen nach Geschlecht, Beschäftigungsverhältnis, Tätigkeitsbereich (einschließlich Beschäftigungsumfang in der Pflege) und Berufsabschluss. Über die von den Pflegediensten betreuten Pflegebedürftigen stehen Angaben nach Geschlecht, Geburtsjahr und Grad der Pflegebedürftigkeit (Pflegestufen) zur Verfügung.

Bei den stationären Pflegeeinrichtungen werden darüber hinaus weitere Informationen über die Art des Pflegeheimes, die Zahl der verfügbaren Pflegeplätze, die Art der in Anspruch genommenen Pflegeleistungen und das an die Pflegeeinrichtung zu zahlende Entgelt erfragt.

Zudem fallen Angaben über Personen an, die in häuslicher Pflege leben und Pflegegeldleistungen in Anspruch nehmen.

Pflegedienste und Pflegeheime 1999 und 2001

Merkmal	1999 ¹⁾	2001 ¹⁾	Veränderung
	Anzahl		
Ambulante Pflegedienste	411	380	-7,5
Stationäre Pflegeheime	390	395	1,3
und zwar mit den Angeboten			
vollstationäre Dauerpflege	362	366	1,1
Kurzzeitpflege	122	108	-11,5
teilstationäre Pflege	133	127	-4,5
Tagespflege	98	98	0,0
Nachtpflege	35	29	-17,1
Stationär verfügbare Plätze	31 095	32 084	3,2
vollstationäre Pflege	30 310	31 207	3,0
darunter nur für Kurzzeitpflege	736	682	-7,3
teilstationäre Pflege	785	877	11,7
Tagespflege	703	810	15,2
Nachtpflege	82	67	-18,3

1) Stand: 15. Dezember.

und darüber bedeutete das aber keine Verbesserung. Hier verschlechterte sich das Verhältnis von 44 auf 43 Plätze. Bei der teilstationären Pflege ist das Angebot an Tagespflegeplätzen teils zu Lasten von Nachtpflegeplätzen erweitert worden. Zum Stichtag der Erhebung waren die vollstationären Dauerpflegeplätze zu fast 87% ausgelastet, die Plätze für die Tagespflege zu rund 46%, für die Nachtpflege nur zu 9%.

Ausgewiesen werden nur die Plätze, die von den Pflegeheimen oder anderen stationären bzw. teilstationären Pflegeeinrichtungen gemäß Versorgungsvertrag nach SGB XI am Stichtag vorgehalten werden.

Überwiegend Frauen als Beschäftigte

An Beschäftigten wird nur das nach dem Pflege-Versicherungsgesetz (SGB XI) eingesetzte Personal ausgewiesen. Nicht einbezogen sind demzufolge Beschäftigte oder Pflegekräfte, die ausschließlich Krankenhilfe leisten oder Personen der Pflegestufe „0“ betreuen.

Bei den insgesamt 30 987 Beschäftigten (ambulant und stationär) lag der Frauenanteil mit 86,7% sehr hoch. Dabei war dieser Anteil in ambulanten Pflegediensten mit 88,8% etwas höher als in stationären Einrichtungen (85,9%). Gegenüber der Erhebung des Jahres 1999 haben sich diese Werte nur unwesentlich verändert.

Das in den Pflegeeinrichtungen eingesetzte Personal hatte gut zur Hälfte eine Ausbildung in einem Gesundheits- oder Sozialberuf. In den ambulanten Diensten hatten 69,5% der Beschäftigten und in den stationären Einrichtungen 44,2% der Beschäftigten einen Berufsabschluss dieser Bereiche. 22,7% des Personals in ambulanten Diensten und 27,4% des Personals in stationären Einrichtungen verfügten über einen anderen

Berufsabschluss, hauptsächlich in den hauswirtschaftlichen und kaufmännischen Bereichen. Noch in Ausbildung oder ohne Berufsabschluss waren in ambulanten Diensten 7,8% und in stationären Einrichtungen 28,4% der Beschäftigten. Betrachtet man den Bereich Pflege und Betreuung gesondert, dann wird deutlich, dass in ambulanten Pflegeeinrichtungen durchschnittlich 93% der Beschäftigten einen Abschluss in einem Gesundheits- oder Sozialberuf hatten. Im gleichen Einsatzbereich lag bei den stationären Einrichtungen der Anteilswert mit knapp 62% wesentlich niedriger, weil die Vielzahl der dort in Ausbildung befindlichen Frauen und Männer noch der Gruppe der Beschäftigten ohne Berufsabschluss zuzurechnen ist.

Mehr als zwei Drittel aller Beschäftigten in der Pflege und Betreuung tätig

Die unmittelbarsten Auswirkungen für Pflegebedürftige und Personal hat der Beschäftigungsumfang in den pflegerisch tätigen Bereichen. Die Erfassung der Beschäftigten nach ihrem überwiegenden Tätigkeitsbereich zeigt, dass mehr als zwei Drittel der insgesamt in Pflegediensten und -heimen Beschäftigten in der stationären Pflege und Betreuung tätig waren. Überwiegende Tätigkeiten in der Grundpflege im ambulanten Bereich hatten 15%. In diesen beiden pflegenahen Bereichen liegt der Frauenanteil unter den Beschäftigten über dem Durchschnitt. Zählt man die soziale Betreuung in den stationären Pflegeeinrichtungen und die Pflegedienstleitung der ambulanten Dienste mit zu den pflegerischen Aufgaben, sind hierfür insgesamt 68% des Personals überwiegend zuständig. Eine Geschäftsführungs- bzw. Verwaltungstätigkeit übten 5,5% aus. Eine ambulante hauswirtschaftliche Versorgung sowie eine Tätigkeit im Hauswirtschaftsbereich (einschließlich

Beschäftigte in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen 2001¹⁾
nach überwiegendem Tätigkeitsbereich, Geschlecht und Beschäftigungsverhältnis

Überwiegender Tätigkeitsbereich	Alle Beschäftigten						Davon			
	insgesamt			Männer	Frauen	Anteil der Frauen	Vollzeitbeschäftigte	Anteil der Vollzeitbeschäftigten	Teilzeitbeschäftigte	übrige ²⁾
	1999	2001	Veränderung	2001						
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl		
Ambulante Pflegedienste										
Pflegedienstleitung	449	445	-0,9	84	361	81,1	387	87,0	58	-
Grundpflege	4 525	4 691	3,7	385	4 306	91,8	1 629	34,7	2 984	78
Hauswirtschaftliche Versorgung	2 021	1 983	-1,9	177	1 806	91,1	253	12,8	1 605	125
Verwaltung, Geschäftsführung	400	443	10,8	99	344	77,7	168	37,9	266	9
Sonstiger Bereich	533	358	-32,8	142	216	60,3	75	20,9	209	74
Zusammen	7 928	7 920	-0,1	887	7 033	88,8	2 512	31,7	5 122	286
Stationäre Pflegeeinrichtungen										
Pflege und Betreuung	14 226	15 330	7,8	1 689	13 641	89,0	6 792	44,3	6 461	2 077
Soziale Betreuung	491	651	32,6	156	495	76,0	181	27,8	360	110
Hauswirtschaftsbereich	4 860	4 925	1,3	351	4 574	92,9	1 458	29,6	3 310	157
Haustechnischer Bereich	637	656	3,0	630	26	4,0	360	54,9	131	165
Verwaltung, Geschäftsführung	1 190	1 268	6,6	329	939	74,1	640	50,5	580	48
Sonstiger Bereich	294	237	-19,4	86	151	63,7	74	31,2	140	23
Zusammen	21 698	23 067	6,3	3 241	19 826	85,9	9 505	41,2	10 982	2 580
Insgesamt	29 626	30 987	4,6	4 128	26 859	86,7	12 017	38,8	16 104	2 866

1) Stand 15. Dezember. – 2) Praktikanten, Schüler und Auszubildende, Helfer im freiwilligen sozialen Jahr, Zivildienstleistende.

haustechnischem Bereich) in den stationären Einrichtungen führten rund ein Viertel des Personals durch. Die hauswirtschaftlichen Aufgaben werden zu über 90% von Frauen wahrgenommen. 1,9% der Beschäftigten waren in sonstigen Bereichen tätig.

Beschäftigte nur zum Teil nach SGB XI tätig

Überwiegend handelt es sich bei den Pflegediensten und -heimen um so genannte Pflege-Mischeinrichtungen, die nicht nur Leistungen nach dem Pflege-Versicherungsgesetz (SGB XI), sondern auch Leistungen aufgrund anderer Rechtsgrundlagen anbieten. Somit ist das Personal in diesen Einrichtungen oftmals nur zum Teil nach SGB XI eingesetzt. Für das nach dem Pflegeversicherungsgesetz eingesetzte Personal erfasst die Statistik auch, in welchem Maß (Anteil am gesamten Beschäftigungsumfang) die Beschäftigten einer Einrichtung für Leistungen nach dem Pflege-Versicherungsgesetz eingesetzt werden.

Lediglich 19,7% des Personals im ambulanten Bereich erbrachten mit einem hundertprozentigen Beschäftigungsumfang ausschließlich Leistungen nach dem Pflege-Versicherungsgesetz. Zwischen 75 und 100% Leistungen in der Pflege erbrachten 23,1% der Beschäftigten, 30% zwischen 50 und 75%. Gut 27% arbeiteten nur mit einem geringeren Beschäftigungsanteil (unter 50%) nach dem SGB XI.

In den stationären Einrichtungen waren 81,7% des Personals ausschließlich im Rahmen des Pflege-Versicherungsgesetzes eingesetzt. Gut ein Zehntel war zwischen 75 und 100% und lediglich knapp 3% zwischen 50 und 75% tätig. Gut 5% des eingesetzten Personals lagen unter 50% Beschäftigungsumfang und erbrachten damit überwiegend Leistungen aufgrund anderer gesetzlicher Regelungen.

Tendenz zu mehr Teilzeit- und weniger Vollzeitbeschäftigten in den ambulanten Pflegediensten

Die ambulanten Pflegedienste führten die häusliche Pflege mit 7 920 Beschäftigten durch, die allerdings – wie zuvor dargestellt – nicht unbedingt zu 100% ihrer Arbeitszeit mit der Betreuung der 18 311 pflegebedürftigen Personen, die Leistungen nach dem Pflege-Versicherungsgesetz (SGB XI) erhalten, befasst sind.

Von den Beschäftigten waren 31,7% vollzeitbeschäftigt und 64,7% teilzeitbeschäftigt. Die restlichen 3,6% machten Praktikanten, Schüler, Auszubildende, Helfer im freiwilligen sozialen Jahr und Zivildienstleistende aus.

Dem Rückgang von 42 weniger Vollzeitbeschäftigten im Vergleich zu 1999 standen zwar 137 mehr Teilzeitbeschäftigte gegenüber, es war aber auch ein Plus von 733 Pflegebedürftigen zu verzeichnen. Quantifizierende Aussagen zu einem sich verschlechternden Verhältnis von Pflegedienstpersonal zu Pflegebedürftigen sind angesichts der zuvor dargestellten vielfältigen Einsatzvarianten des Personals ohne weitere Auswertungen aus der Pflegestatistik nicht oder nur eingeschränkt möglich.

Betreute Pflegebedürftige 1999 und 2001 nach Pflegestufe und Geschlecht

Pflegestufe Geschlecht	1999	2001	Veränderung
	Anzahl		%
Ambulante Pflegedienste¹⁾			
Zusammen	17 578	18 311	4,2
Pflegestufe I	7 395	8 161	10,4
Pflegestufe II	7 496	7 389	-1,4
Pflegestufe III	2 687	2 761	2,8
Männer	5 374	5 851	8,9
Frauen	12 204	12 460	2,1
Stationäre Pflegeheime¹⁾			
Zusammen	25 328	27 421	8,3
Pflegestufe I	7 722	9 283	20,2
Pflegestufe II	10 893	11 865	8,9
Pflegestufe III	5 578	5 364	-3,8
noch keiner Pflegestufe zugeordnet	1 135	909	-19,9
Männer	4 806	5 438	13,2
Frauen	20 522	21 983	7,1
Alle Einrichtungen			
Insgesamt	42 906	45 732	6,6
Pflegestufe I	15 117	17 444	15,4
Pflegestufe II	18 389	19 254	4,7
Pflegestufe III	8 265	8 125	-1,7
noch keiner Pflegestufe zugeordnet	1 135	909	-19,9
Männer	10 180	11 289	10,9
Frauen	32 726	34 443	5,2
Pflegegeldempfänger²⁾			
Insgesamt	49 434	49 346	-0,2
Pflegestufe I	25 685	27 188	5,9
Pflegestufe II	18 938	17 587	-7,1
Pflegestufe III	4 811	4 571	-5,0
Männer	18 662	18 862	1,1
Frauen	30 772	30 484	-0,9

1) Stand 15. Dezember. – 2) Stand 31. Dezember; ohne Empfänger/Empfängerinnen von Geld- und Sachleistungen, die bereits bei der ambulanten oder stationären Pflege berücksichtigt sind.

60% der betreuten Pflegebedürftigen nehmen stationäre Pflegeleistungen in Anspruch

Die Mehrzahl der betreuten Pflegebedürftigen (60%) ist in stationären Pflegeheimen zur vollstationären Dauer- oder Kurzzeitpflege oder teilstationär zur Tages- oder Nachtpflege untergebracht. In den 395 stationären Pflegeheimen wurden so 27 421 Pflegebedürftige von 23 067 Beschäftigten betreut.

Die Zahl der in Heimen betreuten Pflegebedürftigen ist damit deutlich stärker angestiegen (+8,3%) als in der ambulanten Betreuung (+4,2%). Trotz der etwas höheren Zahl an Heimen hat sich die Zahl der im Schnitt auf eine Einrichtung entfallenden Bewohner bzw. teilstationär Betreuten von rund 65 auf 69 erhöht.

Der Zuwachs an Pflegebedürftigen macht sich auch in der Entwicklung der Beschäftigtenzahl bemerkbar, die insgesamt um 6,3% gestiegen ist. Dabei geht die Tendenz, wie bei den ambulanten Diensten, hin zu mehr Teilzeitbeschäftigten.

ERLÄUTERUNG Pflegebedürftige und Pflegegeldempfänger

Pflegebedürftige im Sinne der Statistik sind Personen, die von den erfassten Einrichtungen betreut werden und Leistungen nach dem Pflege-Versicherungsgesetz (SGB XI) erhalten. Solche Leistungen erhält ein Betroffener aufgrund seiner Mitgliedschaft in der sozialen Pflegeversicherung und nur auf Antragstellung bei der gesetzlichen oder privaten Pflegekasse. Pflegebedürftige mit der so genannten Pflegestufe „0“, die keine Leistungen von der Pflegeversicherung, jedoch vom Sozialamt „Hilfe zur Pflege“ nach dem Bundessozialhilfegesetz erhalten, werden nicht erfasst. Ebenso sind Pflegebedürftige, die Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz bzw. aus der Kranken- und Unfallversicherung beziehen oder Selbstzahler sind, nicht Gegenstand der Statistik. Zu den Pflegebedürftigen in stationären Einrichtungen zählen

alle betreuten Personen, die am Stichtag in Kurzzeitpflege, in vollstationärer Dauer- bzw. teilstationärer Pflege wie Tages- oder Nachtpflege waren.

Pflegebedürftige, welche die Möglichkeit nutzen, Sachleistungen wie Dienste von Pflegeeinrichtungen mit Geldleistungen zur häuslichen Pflege zu kombinieren, sind in den Zahlen der durch ambulante Dienste und stationäre Einrichtungen betreuten Personen enthalten, werden aber zusätzlich auch als Pflegegeldempfänger gesondert nachgewiesen.

„Reine“ Pflegegeldempfänger sind dagegen diejenigen, die sich für die Möglichkeit entschieden haben, ausschließlich mit Geldleistungen eine häusliche Pflege zu organisieren, statt Sachleistungen (Dienste von ambulanten oder stationären Pflegeeinrichtungen) entgegenzunehmen.

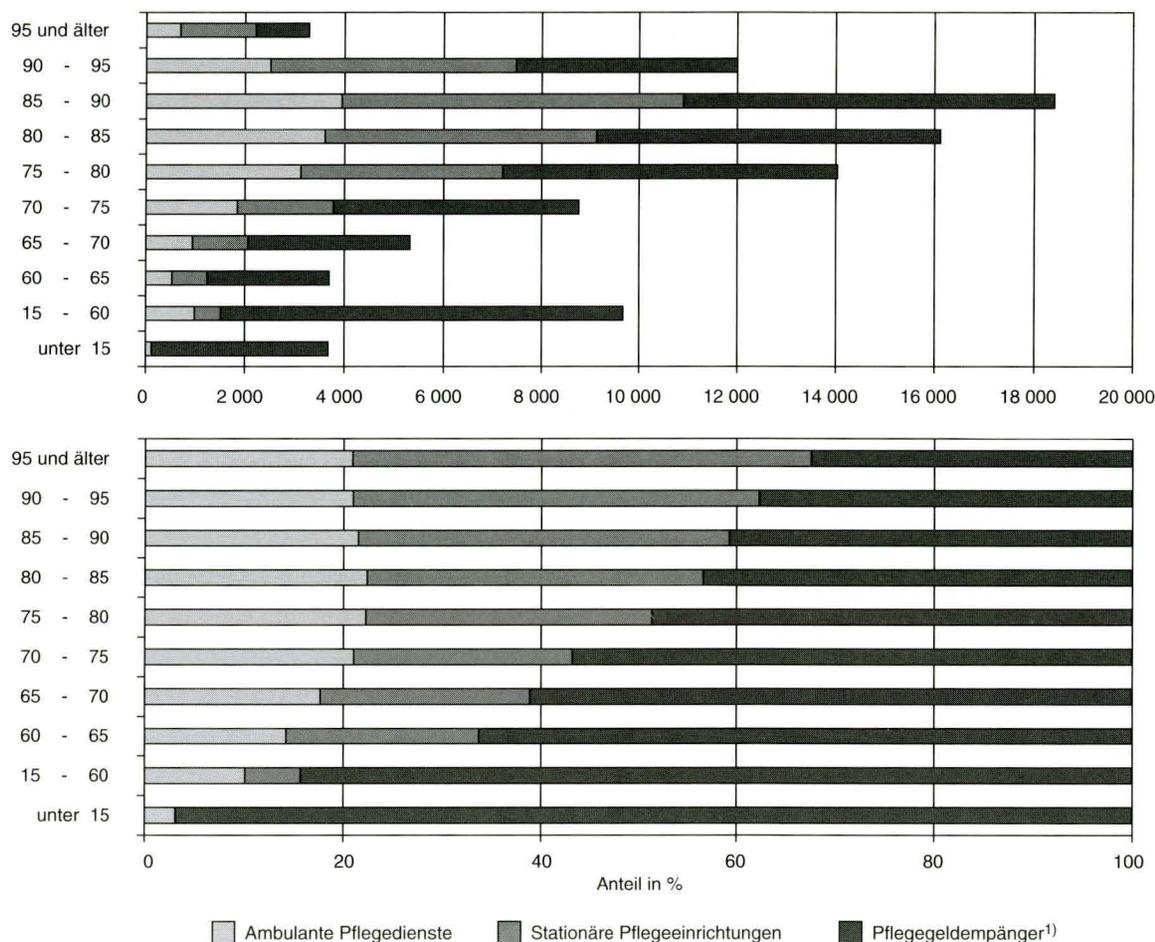
Betreute Pflegebedürftige in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sowie Pflegegeldempfänger 2001
nach Alter, Pflegestufe und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ins- gesamt	Ambulante Pflegedienste ¹⁾				Stationäre Pflegeeinrichtungen ¹⁾				Pflegegeldempfänger ²⁾			
		zusam- men	Pflegestufe			zusam- men ³⁾	Pflegestufe			zu- sammen	Pflegestufe		
			I	II	III		I	II	III		I	II	III
Insgesamt													
unter 15	3 692	115	37	38	40	1	1	-	-	3 576	1 738	1 275	563
15 - 60	9 689	984	330	332	322	542	174	174	169	8 163	3 572	3 332	1 259
60 - 65	3 703	529	198	228	103	718	285	255	136	2 456	1 346	914	196
65 - 70	5 330	943	367	393	183	1 131	427	440	190	3 256	1 851	1 184	221
70 - 75	8 766	1 845	716	805	324	1 947	791	732	344	4 974	2 918	1 722	334
75 - 80	14 048	3 127	1 471	1 246	410	4 093	1 455	1 749	750	6 828	4 170	2 195	463
80 - 85	16 125	3 609	1 800	1 340	469	5 522	1 906	2 436	1 007	6 994	4 393	2 181	420
85 - 90	18 414	3 954	1 927	1 586	441	6 958	2 388	3 081	1 265	7 502	4 425	2 527	550
90 - 95	12 014	2 515	1 095	1 069	351	4 971	1 514	2 292	1 041	4 528	2 338	1 776	414
95 und älter	3 297	690	220	352	118	1 538	342	706	462	1 069	437	481	151
Insgesamt	95 078	18 311	8 161	7 389	2 761	27 421	9 283	11 865	5 364	49 346	27 188	17 587	4 571
Männer													
unter 15	2 077	59	17	18	24	-	-	-	-	2 018	995	723	300
15 - 60	5 196	489	155	163	171	304	115	93	83	4 403	1 896	1 817	690
60 - 65	2 044	237	82	104	51	422	185	141	68	1 385	726	543	116
65 - 70	2 766	435	156	186	93	548	206	217	76	1 783	977	660	146
70 - 75	3 938	806	267	364	175	692	283	272	105	2 440	1 352	915	173
75 - 80	4 410	1 058	371	499	188	881	308	379	151	2 471	1 385	899	187
80 - 85	3 995	1 127	462	482	183	932	322	403	165	1 936	1 168	653	115
85 - 90	3 421	962	441	424	97	949	336	450	127	1 510	879	534	97
90 - 95	1 844	534	247	227	60	563	187	270	90	747	413	283	51
95 und älter	460	144	55	77	12	147	45	67	30	169	94	62	13
Zusammen	30 151	5 851	2 253	2 544	1 054	5 438	1 987	2 292	895	18 862	9 885	7 089	1 888
Frauen													
unter 15	1 615	56	20	20	16	1	1	-	-	1 558	743	552	263
15 - 60	4 493	495	175	169	151	238	59	81	86	3 760	1 676	1 515	569
60 - 65	1 659	292	116	124	52	296	100	114	68	1 071	620	371	80
65 - 70	2 564	508	211	207	90	583	221	223	114	1 473	874	524	75
70 - 75	4 828	1 039	449	441	149	1 255	508	460	239	2 534	1 566	807	161
75 - 80	9 638	2 069	1 100	747	222	3 212	1 147	1 370	599	4 357	2 785	1 296	276
80 - 85	12 130	2 482	1 338	858	286	4 590	1 584	2 033	842	5 058	3 225	1 528	305
85 - 90	14 993	2 992	1 486	1 162	344	6 009	2 052	2 631	1 138	5 992	3 546	1 993	453
90 - 95	10 170	1 981	848	842	291	4 408	1 327	2 022	951	3 781	1 925	1 493	363
95 und älter	2 837	546	165	275	106	1 391	297	639	432	900	343	419	138
Zusammen	64 927	12 460	5 908	4 845	1 707	21 983	7 296	9 573	4 469	30 484	17 303	10 498	2 683

1) Stand 15. Dezember . - 2) Stand 31. Dezember; ohne Empfänger/Empfängerinnen von Geld- und Sachleistungen, die bereits bei der ambulanten oder stationären Pflege berücksichtigt sind. - 3) Einschließlich der Pflegebedürftigen, die noch keiner Pflegestufe zugeordnet sind.

Pflegebedürftige nach Art der betreuenden Einrichtung sowie Pflegegeldempfänger 2001

Altersgruppe in Jahren



1) Ohne Empfänger/Empfängerinnen von Geld- und Sachleistungen, die bereits bei der ambulanten oder stationären Pflege berücksichtigt sind.

Von den Beschäftigten in den stationären Einrichtungen waren 9 505 (41,2%) Vollzeitbeschäftigte und 10 982 Teilzeitbeschäftigte (47,6%). 11,2% waren Praktikanten, Schüler, Auszubildende, Helfer im freiwilligen sozialen Jahr oder Zivildienstleistende. Ihr Anteil unter den Beschäftigten war damit deutlich höher als bei den ambulanten Diensten.

Für die Interpretation der Daten über Pflegepersonal und zu Pflegenden in stationären Einrichtungen gilt im Wesentlichen das Gleiche wie für die ambulanten Dienste.

Gut drei Viertel der rund 45 700 von Pflegeeinrichtungen Betreuten waren Frauen

Im Rahmen des Pflege-Versicherungsgesetzes wurden von den ambulanten Pflegediensten und stationären Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz insgesamt 45 732 Pflegebedürftige betreut und versorgt. Das waren 1,1% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung. Gegenüber 1999 ist dies eine Steigerung um 6,6%.

Gut drei Viertel (75,3%) der betreuten Pflegebedürftigen waren Frauen. Damit erhielten von 1 000 Einwohnern 17 Frauen, aber nur sechs Männer eine Betreuung durch die Pflegedienste oder die stationären Einrichtungen. Bei der Altersgruppe der 80-jährigen und älteren Einwohner ergibt die Berechnung 207 weibliche und 116 männliche Pflegebedürftige, bezogen auf 1 000 Einwohner der jeweiligen Altersgruppe.

Fast zwei Drittel (29 757) aller von Pflegeeinrichtungen zu betreuenden Pflegebedürftigen waren 80 Jahre und älter. Damit wurden 18,2% der Einwohner in dieser Altersgruppe in Pflegeeinrichtungen oder von Pflegediensten versorgt. Allein von den rund 28 300 über 90-Jährigen des Landes wurden mehr als 34% pflegerisch von ambulanten Diensten oder Einrichtungen betreut.

Von allen ambulant und stationär versorgten Pflegebedürftigen war mit 42,1% der überwiegende Anteil der Betroffenen in der Pflegestufe II eingestuft. In der Pflegestufe I wurden 38,1% und in der Pflegestufe III 17,8% registriert. 2% hatten noch keine Zuordnung zu einer Pflegestufe erfahren. Gegenüber 1999 hat vor allem die Zahl der betreuten Personen in Pflegestufe I zugenommen (+15,4%).

Verteilt auf die drei Pflegestufen waren von den 18 311 ambulant Betreuten fast 45% der Pflegestufe I (erheblich pflegebedürftig), über 40% der Pflegestufe II (schwer pflegebedürftig) und 2 761 Personen (15,1%) der Pflegestufe III (schwerstpflegebedürftig) zugeordnet.

Von den in stationären Einrichtungen versorgten 27 421 Pflegebedürftigen war ein etwas höherer Anteil schwer pflegebedürftig oder schwerstpflegebedürftig. Nur 9 283 Personen (33,9%) nahmen die Versorgung in der Pflegestufe I in Anspruch; 11 865 Pflegebedürftige (43,3%) waren in der Pflegestufe II und 5 364 Personen (19,6%) in Pflegestufe III eingestuft. 909 Pflegebedürftige (3,3%) waren bisher noch keiner Pflegestufe zugeordnet.

52% aller Leistungsempfänger nahmen keine Pflegeeinrichtungen in Anspruch

Die Pflegeversicherung gibt der häuslichen Pflege gegenüber der stationären Versorgung den Vorrang, was in dem Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI) seinen Niederschlag gefunden hat. Die Pflegebedürftigen erhalten dazu Sachleistungen oder Geldleistungen, deren Höhe von der Pflegestufe abhängt.

Sachleistungen dienen dazu, die häusliche Pflege durch einen Pflegedienst sicherzustellen. Da hier professionelle Arbeitskräfte zum Einsatz kommen, sind die gewährten Beträge höher als bei den Geldleistungen. Die Leistungen werden direkt mit den Pflegediensten abgerechnet. Sie reichen von 384 Euro für die Pflegestufe I über 921 Euro (Pflegestufe II) bis 1 432 Euro für die Pflegestufe III.

Geldleistungen (Pflegegeld) werden gezahlt, wenn der Pflegebedürftige die erforderliche Versorgung ei-

genverantwortlich gewährleistet. So können mit dem Pflegegeld die notwendige Grundpflege und die hauswirtschaftliche Versorgung z. B. durch Angehörige in geeigneter Weise sichergestellt werden. Hierzu werden in der Pflegestufe I 205 Euro, in der Pflegestufe II 410 Euro und in der Pflegestufe III 665 Euro gezahlt.

49 346 Pflegebedürftige, das waren rund 52% aller nach dem Sozialgesetzbuch Anspruchsberechtigten, nahmen anstelle der Sachleistung (ambulante Pflege oder teilstationäre Tages- und Nachtpflege) ausschließlich Pflegegeld in Anspruch. Je jünger die Pflegebedürftigen waren, um so höher war der Anteil der Pflegegeldempfänger unter ihnen. Ihre Zahl ist gegenüber dem Jahr 1999 (49 434) nahezu unverändert geblieben. Der Pflegestufe I gehörten über die Hälfte dieser Pflegebedürftigen, nämlich 27 188 Personen (55%), an. Der Pflegestufe II waren 17 587 (35,6%) und der Pflegestufe III 4 571 Leistungsempfänger (9,3%) zugeordnet.

Die Möglichkeit, Geld- und Sachleistungen zu kombinieren, nahmen 10 263 Pflegebedürftige (1999: 9 055), darunter mehr als zwei Drittel Frauen, wahr. Derart betreute Pflegebedürftige sind bei den Personenangaben für die ambulanten und stationären Einrichtungen enthalten. Sie nahmen die Sachleistung der ambulanten Pflege bzw. die teilstationäre Tages- und Nachtpflege nicht in voller Höhe in Anspruch und erhielten daher gleichzeitig ein entsprechend gemindertem Pflegegeld. Hier gehörten über ein Drittel der Pflegestufe I, 44% der Pflegestufe II und 18,8% der Pflegestufe III an.

Weitere Daten, auch für Landkreise und kreisfreie Städte, enthält der Statistische Bericht „Pflegeeinrichtungen und Pflegegeldempfänger“ (Bestellnr.: K2013 200101).

Verwaltungsfachwirt Gerhard Hehl

Insolvenzen im ersten Halbjahr 2003

Bei den rheinland-pfälzischen Gerichten wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres insgesamt 2 334 Insolvenzverfahren beantragt. Mit 744 Fällen betraf nur knapp ein Drittel davon Unternehmen. Damit verringerte sich die Zahl der von Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit betroffenen Unternehmen um 34 bzw. gut 4% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Stark betroffenes Baugewerbe verzeichnet Rückgang

Der größte Rückgang konnte mit einem Minus von 20 Fällen im Baugewerbe registriert werden, dieser Bereich war jedoch mit 195 insolventen Unternehmen weiterhin am stärksten betroffen. Auch im Handel verringerte sich die Zahl der Verfahren gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres um sieben auf 149. Im Bereich Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen war dagegen ein leichter Anstieg auf 140 Fälle festzustellen. Im verarbeitenden Gewerbe blieb die Zahl mit 91 Verfahren konstant. Mehr als jedes zweite betroffene Unternehmen wurde in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt, weitere 38% der Insolvenzanträge betrafen Einzelunternehmen, Freie Berufe und Kleinunternehmen.

Anteil der Verbraucherinsolvenzen mittlerweile 38%

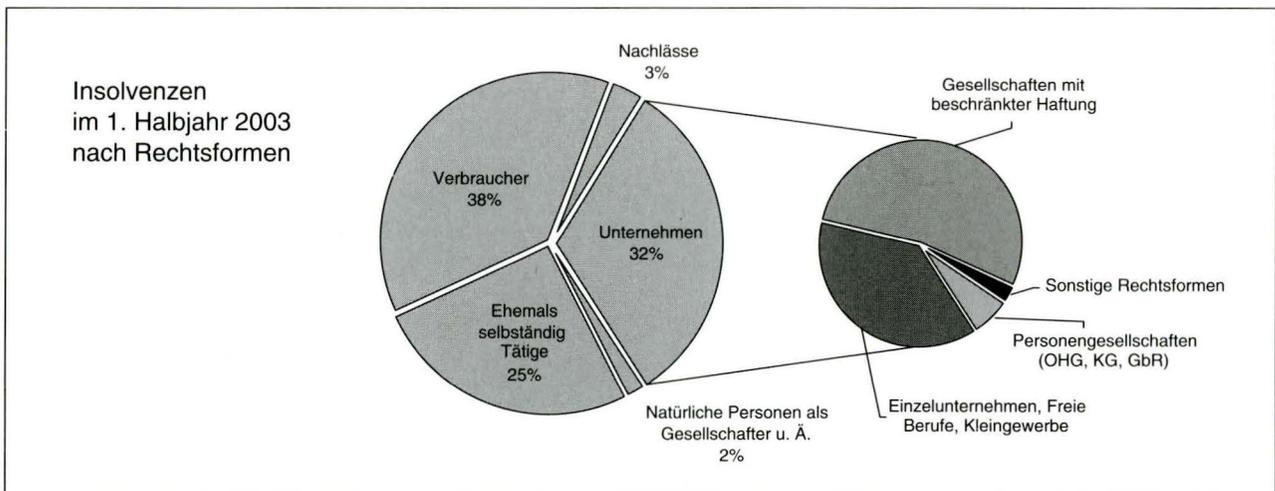
Bei den so genannten „übrigen Schuldern“ war auch im ersten Halbjahr 2003 mit einem Anstieg um 485 bzw. 44% auf 1 590 Fälle keine Entspannung festzustellen. Insbesondere die Insolvenzen von Verbrauchern und ehemals selbständig Tätigen haben abermals zugenommen. Die Entwicklung in diesen beiden Gruppen wird weiterhin von einer Änderung des Insolvenzrechts im Dezember 2001 beeinflusst, die unter anderem eine Stundung der Verfahrenskosten ermöglicht. Bei 882 der „übrigen Schuldner“ handelte es sich um Verbraucher, welche die Möglichkeit zur Entschuldung durch ein vereinfachtes Verbraucherinsolvenzverfahren nutzten. Dies waren 376 oder rund 74% mehr als im Vorjahreszeitraum. Somit beläuft sich der Anteil der Verbraucherinsolvenzen an den Insolvenzverfahren insgesamt mittlerweile auf 38%. Die Zahl der ehemals selbständig Tätigen hat sich mit einem Anstieg um 294 auf 595 gegenüber dem Vorjahreswert nahezu verdoppelt. Weitere 73 Verfahren betrafen Nachlässe, 40 Anträge wurden von natürlichen Personen als Gesellschafter gestellt.

Nur jedes fünfte Verfahren mangels Masse abgewiesen

Der Großteil der insgesamt 2 334 Insolvenzverfahren konnte eröffnet und nur jeder fünfte Fall musste mangels Masse abgewiesen werden. Bei 8% der Verbraucherinsolvenzverfahren konnte ein Schuldenbereinigungsplan vereinbart und somit die Wirkung eines Vergleichs erzielt werden. Die Gesamtsumme der ermittelten offenen Forderungen lag mit 717 Mill. Euro nur knapp 3% über dem entsprechenden Vorjahreswert. Rund zwei Drittel der Gläubigeransprüche wurden gegenüber Unternehmen geltend gemacht; die durchschnittliche Forderungssumme lag hier bei rund 645 000 Euro. □

Insolvenzen im 1. Halbjahr 2002 und 2003

Wirtschaftsbereich Rechtsform	1. Halbjahr 2002	1. Halbjahr 2003	
		insgesamt	Veränderung
Unternehmen			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	15	10	-5
Verarbeitendes Gewerbe	91	91	0
Baugewerbe	215	195	-20
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	156	149	-7
Gastgewerbe	63	60	-3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	60	59	-1
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen	135	140	5
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	11	12	1
Erbringung sonstiger öffentlicher und privater Dienstleistungen	28	23	-5
Sonstige	4	5	1
Zusammen	778	744	-34
Übrige Schuldner			
Natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä.	230	40	-190
Ehemals selbständig Tätige	301	595	294
Verbraucher	506	882	376
Nachlässe	68	73	5
Zusammen	1 105	1 590	485
Insgesamt	1 883	2 334	451



Wöchentliche Arbeitszeiten der Erwerbstätigen

– Ausgewählte Ergebnisse des Mikrozensus 2002 –

Nach dem Motto „Mehr Arbeit schafft mehr Wachstum“ bleibt die tariflich vereinbarte Arbeitszeit der Arbeitnehmer in den Diskussionen um die krankende Konjunktur und die leeren Kassen der öffentlichen Haushalte nicht außen vor. Für Beamte haben einzelne Bundesländer die reguläre wöchentliche Arbeitszeit in den Dienstvereinbarungen bereits in der Vergangenheit erhöht.

Mehr Arbeit erschwert grundsätzlich die Vereinbarkeit von privaten Verpflichtungen und Erwerbstätigkeit. Vor allem Frauen können aus familiären Gründen häufig keiner Vollzeitstätigkeit nachgehen. In welchem Umfang die Rheinland-Pfälzer eine Erwerbstätigkeit wahrnehmen, erfasst der Mikrozensus, eine jährliche Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung.

In der Befragung zur wöchentlichen Arbeitszeit unterscheidet der Mikrozensus zwischen der normalerweise geleisteten und der tatsächlichen Arbeitszeit sowie zwischen Haupttätigkeit und Nebentätigkeit. Nachstehend wird die normalerweise im Rahmen einer Haupttätigkeit (erste Erwerbstätigkeit) geleistete Arbeitszeit je Woche dargestellt. Bei der „normalen“ Arbeitszeit sind gelegentliche Abweichungen beispielsweise durch Urlaub, Krankheit, Überstunden nicht berücksichtigt. Bei regelmäßigen wöchentlichen Überstunden weicht die „normale“ Arbeitszeit bei Arbeitnehmern aber von der tarifvertraglich vereinbarten ab.

Die meisten Erwerbstätigen arbeiten 36 Stunden und mehr – auch fast die Hälfte der erwerbstätigen Frauen

47,6% der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz waren im Berichtszeitraum April 2002 erwerbstätig, erwerbslos oder Arbeit suchend. Von diesen 1,925 Mill. Personen gingen 1,795 Mill. als Selbständige, mithelfende Familienangehörige oder abhängig Beschäftigte einer Erwerbstätigkeit nach. Der überwiegende Teil der Erwerbstätigen (71,8%) war mit der Haupttätigkeit unter

normalen Umständen mehr als 36 Stunden befasst. 15% arbeiteten 41 Stunden und mehr.

43% der Erwerbstätigen waren Frauen. Die Mehrzahl dieser Frauen arbeitete entweder bis zu 20 Stunden (34,7%) oder war mit 36 bis 40 Stunden vollzeitbeschäftigt (41,4%). 7% der Frauen arbeiteten sogar 41 Stunden und mehr. Immerhin sind somit 48,4% der erwerbstätigen Frauen unter normalen Umständen mehr als 36 Stunden beschäftigt.

Von den Erwerbstätigen mit einer Beschäftigung von bis zu 20 Stunden wöchentlich waren 86% Frauen. Unter den länger beschäftigten Erwerbstätigen findet sich mit zunehmender Arbeitszeit ein steigender Männeranteil. Von den Erwerbstätigen mit einer Arbeitszeit von 36 bis 40 Stunden sind 31,4% Frauen; von den noch länger Arbeitenden sind es nur 20%.

Gut 10% Selbständige: 65% arbeiten 41 und mehr Stunden

Von allen Erwerbstätigen waren 10,4% selbständig. 65% der Selbständigen gaben als normale wöchentliche Arbeitszeit 41 und mehr Stunden an. Die durchschnittliche Arbeitszeit aller Selbständigen belief sich auf fast 50 Stunden. Bei den abhängig Beschäftigten gaben 9,1% an, 41 und mehr Stunden zu arbeiten. Unter den Beamten waren es 12,5%, unter den Angestellten 10%.

Umfang von Nebentätigkeiten unbedeutend

Insgesamt leisteten die Rheinland-Pfälzer 2002 im Rahmen ihrer Haupttätigkeit bei normaler wöchentlicher Arbeitszeit 65 Mill. Stunden pro Woche. Der Umfang der Stunden, die unter normalen Umständen noch im Rahmen einer zweiten Erwerbstätigkeit geleistet wurden, war mit 0,4 Mill. gering. Den überwiegenden Teil davon erbrachten Selbständige, gefolgt von Angestellten und Arbeitern. □

Erwerbstätige 2002 nach der Stellung im Beruf und normalerweise je Woche geleisteter Arbeitszeit ¹⁾

Merkmal	Erwerbstätige						Geleistete Arbeitsstunden	
	insgesamt	Anteil an insgesamt	davon mit ... normalerweise geleisteten Arbeitsstunden				insgesamt	je Person
			bis 20	21 bis 35	36 bis 40	41 und mehr		
	1 000	%	1 000				Mill.	Anzahl
Insgesamt ²⁾	1 795,4	100	310,8	195,7	1 017,5	271,6	65,0	36,2
darunter Frauen ²⁾	771,4	43,0	267,9	130,0	319,7	53,9	22,9	29,7
darunter								
Selbständige	186,3	10,4	19,3	10,1	35,3	121,7	9,3	49,8
Abhängige	1 584,0	88,2	278,3	181,7	979,4	144,7	55,0	34,7
Beamte/Beamtinnen	123,3	6,9	8,7	7,6	91,6	15,4	4,8	38,6
Angestellte ³⁾	897,9	50,0	166,3	115,3	526,5	89,9	31,0	34,5
Arbeiter/-innen ³⁾	562,8	31,3	103,3	59,0	361,3	39,3	19,2	34,1

1) Haupttätigkeit (erste Erwerbstätigkeit). – 2) Einschließlich mithelfende Familienangehörige. – 3) Einschließlich Auszubildende.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2000	2001		2002			2003		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 035 ¹⁾	4 049 ¹⁾	4 048	4 049	4 049	4 056	4 057	4 058	4 057
darunter Ausländer ²⁾	1 000	302 ¹⁾	308 ¹⁾	315	308	309	318	318	312	313
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 844	1 717	1 353	2 481	547	1 679	1 136	2 370	569
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	3 152	2 982	3 016	2 873	2 906	2 948	2 721	2 822	2 329
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	9,4	8,9	9,1	8,4	8,5	8,6	8,2	8,2	6,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 507	3 519	3 479	3 722	4 007	3 680	3 501	3 840	3 771
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,5	10,5	10,8	11,7	10,7	10,5	11,1	10,9
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	16	13	9	12	12	18	13	10	10
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	5,1	4,3	3,0	4,2	4,1	6,1	4,8	3,5	4,3
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 355	- 537	- 463	- 849	- 1 101	- 732	- 780	- 1 018	- 1 442
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 1,1	- 1,6	- 1,4	- 2,5	- 3,2	- 2,1	- 2,3	- 3,0	- 4,2
Wanderungen ⁸⁾										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 081	9 375	8 950	7 678	9 060	11 415	9 321	8 170	8 672
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 717	2 919	2 759	1 899	2 903	3 306	2 540	1 736	2 525
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 411	7 629	7 549	6 473	7 827	9 147	7 536	6 762	7 829
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 139	1 816	1 753	1 599	1 707	1 907	1 707	1 606	1 637
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	671	1 746	1 401	1 205	1 233	2 268	1 785	1 408	843
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	13 496	13 180	13 441	14 088	12 037	14 039	13 437	16 011	12 072
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		1999	2000	2001			2002			
		30.6.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 175	1 191	1 192	1 194	1 215	1 199	1 194	1 196	1 209
* Frauen	1 000	507	518	526	525	535	533	534	532	538
* Ausländer/-innen	1 000	75	77	77	78	78	75	75	76	77
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	170	184	190	193	194	195	198	201	201
* darunter Frauen	1 000	153	162	167	169	170	171	174	176	175
davon nach Wirtschaftsgliederung										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	13	13	14	12	13	14	14
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	360	361	361	358	360	356	353	351	353
* Baugewerbe	1 000	93	92	87	88	91	86	83	85	87
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	264	268	265	268	275	272	271	271	275
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	127	134	137	138	142	139	140	141	144
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	317	322	329	327	332	333	334	334	336

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2003 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Zu- bzw. Fortzüge über die Landesgrenze ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Arbeitsmarkt	Einheit	2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Arbeitslose	Anzahl	134 801	143 665	138 975	139 082	143 022	159 122	151 652	149 113	153 685
* Frauen	Anzahl	61 894	63 014	61 044	61 836	64 407	67 335	64 552	64 037	66 972
Männer	Anzahl	72 907	80 651	77 931	77 246	78 615	91 787	87 100	85 076	86 713
darunter										
Bauberufe	Anzahl	7 009	7 723	7 191	6 740	6 589	8 576	7 675	7 192	6 885
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	37 562	41 323	40 368	39 661	40 372	46 978	44 498	43 480	44 046
* Arbeitslosenquote ¹⁾	%	7,6	8,0	7,7	7,7	7,9	8,8	8,4	8,2	8,5
* Frauen	%	7,6	7,5	7,3	7,4	7,7	8,0	7,6	7,6	7,9
* Männer	%	7,6	8,3	8,1	8,0	8,1	9,5	9,0	8,8	9,0
* Ausländer/-innen	%	15,7	17,1	16,6	16,4	16,2	18,5	17,5	17,0	16,8
* Jüngere unter 25 Jahren	%	7,3	7,9	7,2	7,8	8,9	8,1	7,3	7,2	9,0
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	3 296	7 897	7 859	7 488	5 025	9 810	9 951	10 017	8 775
* Gemeldete Stellen	Anzahl	32 008	31 083	36 550	34 205	34 164	32 322	30 625	28 791	30 154
darunter										
Bauberufe	Anzahl	654	579	713	667	662	538	533	487	521
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	7 162	6 172	6 789	6 903	6 664	5 093	5 616	6 163	6 153
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
		2001	2002			2003				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	757	802	828	753	812	958	802	770	646
* davon mit ...										
1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	718	768	798	714	768	903	774	726	618
3 und mehr Wohnungen ²⁾	Anzahl	40	35	30	39	44	55	28	44	28
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	3	3	12	2	4	3	-	5	-
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	102	96	139	93	96	122	111	108	93
Unternehmen	Anzahl	653	703	677	658	712	833	691	657	553
private Haushalte	Anzahl	1 065	1 084	1 103	1 027	1 139	1 370	1 045	1 189	846
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	768	783	807	750	807	995	750	801	621
* Umbauter Raum	1 000 m ³	137	141	144	132	146	176	137	143	111
* Wohnfläche	1 000 m ²	5 948	6 159	6 308	5 766	6 320	7 553	6 026	6 257	5 002
* Wohnräume	Anzahl									
* Veranschlagte Kosten der	Mill. EUR	173	176	181	169	182	224	171	181	143
Bauwerke										
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	161	139	133	160	167	127	124	140	135
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-	Anzahl	18	15	11	12	16	18	9	23	10
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	137	116	110	140	142	104	113	111	111
Unternehmen	Anzahl	6	8	12	8	9	5	2	6	14
private Haushalte	Anzahl	31	33	60	57	99	15	11	14	18
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	1 051	778	784	765	640	567	1 112	705	624
* Umbauter Raum	1 000 m ³	148	119	130	136	107	98	152	103	92
* Nutzfläche	1 000 m ²									
* Veranschlagte Kosten der	Mill. EUR	95	82	84	86	72	79	92	64	43
Bauwerke										
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-	Anzahl	1 227	1 239	1 276	1 219	1 381	1 583	1 203	1 330	988
nahmen an bestehenden										
Gebäuden)	Anzahl	6 929	7 147	7 297	7 019	7 692	8 664	7 068	7 321	5 940
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl									

1) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 2) Einschließlich Wohnheime.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2001	2002			2003				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 934	10 434	10 935	10 061	9 699	10 404	10 309	10 029	9 169
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 678	2 801	2 778	2 502	2 177	2 720	2 748	2 477	1 921
* Kälber	t	25	22	18	18	12	17	29	14	10
* Schweine	t	8 099	7 511	8 034	7 405	7 426	7 596	7 378	7 443	7 156
* Eierzeugung ²⁾	1 000	13 029	10 321	10 533	9 726	9 765	10 810	10 186	9 456	9 157
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	62 436	62 988	64 473	68 809	64 801	67 344	65 829	70 323	66 336
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 390	2 384	2 395	2 395	2 385	2 265	2 263	2 264	2 265
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	301 466	296 590	297 535	296 678	296 192	289 619	288 800	288 473	288 305
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	192 058	186 727	187 732	187 118	186 741	183 284	180 565	180 221	180 212
* Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	1 000 h	36 547	36 832	36 449	34 876
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	900	892	863	967	946	831	874	967	938
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	472	464	448	484	492	423	444	464	481
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	429	429	415	483	454	409	431	503	457
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 160	5 183	5 471	5 065	5 322	5 586	5 324	5 215	5 200
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	.	2 748	2 913	2 653	2 816	3 088	2 862	2 790	2 747
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	.	1 362	1 471	1 353	1 464	1 452	1 407	1 385	1 400
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	.	116	115	108	106	121	105	99	95
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	.	956	973	951	936	926	950	941	958
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 550	1 590	1 696	1 501	1 610	1 940	1 700	1 661	1 651
Fahrzeugbau	Mill. EUR	717	710	814	698	725	784	744	754	720
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 176	2 263	2 438	2 199	2 312	2 620	2 470	2 372	2 346
Exportquote ⁸⁾	%	42,2	43,7	44,6	43,4	43,4	46,9	46,4	45,5	45,1
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	1995=100	105,0	108,0	114,9	107,5	111,2	114,7	108,8	103,9	108,1
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1995=100	108,3	112,5	122,5	116,5	120,5	121,6	112,9	111,1	114,4
Investitionsgüterproduzenten	1995=100	104,6	106,4	107,2	100,7	105,5	111,4	110,4	100,7	104,8
Gebrauchsgüterproduzenten	1995=100	100,8	85,1	90,2	86,9	76,2	86,8	76,0	71,9	74,1
Verbrauchsgüterproduzenten	1995=100	89,1	93,9	102,6	83,4	86,8	94,7	91,3	82,8	93,0
darunter										
chemische Industrie	1995=100	99,2	107,6	119,9	113,7	118,7	117,5	106,0	103,0	111,6
Fahrzeugbau	1995=100	103,1	109,2	109,8	100,2	102,8	124,0	126,1	113,6	113,6
Energie- und Wasserversorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	86	88	88	88	87	87	87	87
* Beschäftigte ³⁾⁴⁾	Anzahl	10 855	10 936	10 910	10 915	10 950	10 775	10 730	10 712	10 646
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾⁶⁾	1 000 h	1 373	1 360	1 352	1 285
* Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾	Mill. EUR	33	34	34	33	34	32	35	32	33
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	600	542	601	453	420
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	585	530	589	443	410

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Bis 2002 geleistete Arbeitsstunden, ab 2003 geleistete Arbeitsstunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Baugewerbe	Einheit	2001		2002			2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März ^p	April ^p	Mai ^p	Juni ^p
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	44 678	42 573	42 923	43 044	42 942	38 820	39 208	39 452	39 455
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 494	4 142	4 803	4 348	4 682	3 708	4 236	4 149	4 107
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 805	1 579	1 830	1 656	1 855	1 356	1 558	1 562	1 553
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 154	1 083	1 244	1 110	1 126	1 012	1 057	1 060	997
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 535	1 480	1 729	1 582	1 699	1 340	1 621	1 527	1 557
darunter Straßenbau	1 000 h	695	676	793	722	765	605	743	702	700
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	98	95	98	98	93	82	94	91	92
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	74	71	75	75	68	60	71	69	68
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	24	24	24	23	24	22	23	22	24
* Baugewerblicher Umsatz										
(ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	352	344	349	333	377	260	322	337	339
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	110	107	109	115	118	89	116	118	109
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	103	101	105	86	109	78	84	91	87
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	140	136	135	133	151	92	123	128	143
darunter Straßenbau	Mill. EUR	63	62	65	61	69	30	45	53	64
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe ⁴⁾⁵⁾										
		2001	2002	2001	2002			2003		
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	394	386	392	388	390	386	378	369	370
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	13 850	13 214	13 707	13 411	13 228	13 395	12 822	12 143	12 333
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 194	3 923	4 176	3 866	3 971	4 017	3 836	3 536	3 643
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	89	87	97	83	86	87	92	75	81
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	63	61	69	58	60	62	64	53	57
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	26	26	28	24	26	25	27	22	23
* Baugewerblicher Umsatz										
(ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	290	281	377	229	269	289	336	198	262
HANDEL										
		2001	2002			2003				
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Großhandel ^{p 7)}										
* Beschäftigte	2000=100	97,4	92,5	93,6	94,4	93,2	88,4	89,1	89,2	88,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,5	97,3	100,4	102,3	99,6	90,2	92,9	92,9	93,0
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	99,6	94,1	97,9	94,6	93,9	94,9	100,9	96,4	91,8
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	98,5	93,1	95,6	92,0	91,8	91,6	98,1	94,1	89,6
Einzelhandel ^{p 9)}										
* Beschäftigte	2000=100	102,1	101,3	100,9	101,1	100,6	98,4	98,6	98,9	98,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	101,9	103,8	102,4	103,4	103,1	101,0	101,3	101,7	102,2
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	102,3	100,2	100,0	101,7	95,9	97,8	101,9	100,7	94,6
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	100,7	98,8	97,7	99,6	94,4	95,6	100,0	99,2	93,1
Kfz-Handel u. Tankstellen ^{p 10)}										
* Beschäftigte	2000=100	99,0	101,5	100,1	100,2	100,3	100,9	101,6	102,3	101,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,8	104,8	104,4	103,0	104,4	102,8	104,8	109,8	108,5
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	101,0	102,1	117,3	109,1	108,5	107,2	111,8	106,2	105,4
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	99,3	100,6	115,7	107,8	107,2	105,3	109,6	104,1	103,2
GASTGEWERBE ^p										
* Beschäftigte	2000=100	100,6	99,8	98,7	101,8	102,9	95,9	99,3	101,6	103,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	99,8	100,5	99,3	102,7	104,1	97,5	101,4	104,3	108,0
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	102,7	100,0	94,2	102,1	106,4	86,9	93,5	106,0	106,4
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	101,0	95,0	90,5	97,1	100,1	82,9	89,3	101,3	101,6

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienpersonal. – 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2001	2002				2003			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Gästeankünfte	1 000	515	512	478	627	614	404	503	647	632
* darunter von Auslandsgästen	1 000	104	103	95	121	117	77	104	122	122
* Gästeübernachtungen	1 000	1 535	1 499	1 327	1 774	1 725	1 138	1 476	1 785	1 798
* darunter von Auslandsgästen	1 000	299	299	243	335	326	212	281	333	337
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
		2001	2002				2003			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	10 535	10 279	9 548	10 288	10 674	8 880	9 323	9 839	10 841
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 558	1 548	1 382	1 546	1 725	1 040	1 373	1 533	1 731
* Getötete Personen	Anzahl	26	30	38	27	29	19	24	37	40
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	15	18	21	15	12	8	10	21	24
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	6	7	6	11	2	6	9	10
Radfahrer	Anzahl	1	2	3	2	4	1	1	4	-
Fußgänger	Anzahl	3	4	6	3	1	6	3	1	4
* Verletzte Personen	Anzahl	2 075	2 043	1 783	2 096	2 264	1 372	1 853	2 061	2 251
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	424	406	345	424	472	251	345	404	480
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	229	202	181	222	202	171	190	190	204
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	88	90	84	102	127	26	71	108	135
Radfahrer	Anzahl	45	49	34	40	80	13	40	54	83
Fußgänger	Anzahl	44	44	26	36	49	33	35	34	39
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 807	15 836	19 341	19 506	17 644	12 818	19 846	16 597	15 791
darunter										
Krafträder	Anzahl	975	889	1 975	1 721	1 335	608	2 009	1 829	1 483
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	14 525	13 776	16 099	16 415	15 121	10 755	16 589	13 482	13 066
* Lastkraftwagen	Anzahl	917	803	742	918	767	567	770	727	786
* Zugmaschinen	Anzahl	200	197	270	235	193	152	282	241	237
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr										
		2001	2002	2001	2002			2003		
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Beförderte Personen	1 000	70 711	71 518	74 166	75 930	72 587	64 244	73 310	74 573	74 304
darunter im allgemeinen Linienverkehr	1 000	66 331	67 500	69 710	72 345	68 273	60 305	69 075	70 896	70 301
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	1 045	1 004	1 089	878	1 026	1 040	1 073	870	1 027
Binnenschifffahrt										
		2001	2002				2003			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Gütereingang	1 000 t	1 278	1 239	1 256	1 306	1 285	1 103	1 166	1 248	1 374
* Güterversand	1 000 t	806	785	781	893	854	792	841	848	860
AUSSENHANDEL ⁵⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 137	2 128	2 095	2 264	1 863	2 329	2 247	2 370	2 576
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	135	142	153	91	193	152	147	150	187
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 003	1 986	1 942	2 173	1 670	2 063	1 985	2 103	2 264
* Rohstoffe	Mill. EUR	16	16	13	16	12	17	18	23	15
* Halbwaren	Mill. EUR	83	72	67	76	61	78	88	73	90
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 904	1 898	1 862	2 081	1 597	1 968	1 879	2 007	2 158
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	599	597	599	622	438	618	619	653	691
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 305	1 301	1 263	1 458	1 159	1 351	1 260	1 354	1 467

1) Betriebe ab 9 Betten. – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2001		2002			2003				
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
davon nach											
* Europa	Mill. EUR	1 549	1 561	1 516	1 667	1 379	1 757	1 729	1 800	1 908	
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	1 238	1 246	1 211	1 152	1 065	1 412	1 433	1 466	1 558	
Belgien	Mill. EUR	140	134	140	150	108	142	141	154	170	
Luxemburg	Mill. EUR	26	24	18	29	23	24	26	22	32	
Dänemark	Mill. EUR	31	31	31	38	23	33	30	33	35	
Finnland	Mill. EUR	16	16	14	18	13	19	22	20	33	
Frankreich	Mill. EUR	292	282	286	293	264	327	315	333	333	
Griechenland	Mill. EUR	19	22	19	22	24	20	25	25	24	
Großbritannien	Mill. EUR	152	167	145	174	121	186	181	211	186	
Irland	Mill. EUR	10	9	13	9	9	12	10	11	11	
Italien	Mill. EUR	167	176	177	179	153	193	212	190	195	
Niederlande	Mill. EUR	118	121	110	148	89	145	147	147	210	
Österreich	Mill. EUR	94	87	88	98	74	96	106	102	105	
Schweden	Mill. EUR	34	33	35	35	25	40	40	40	43	
Spanien	Mill. EUR	119	126	115	120	124	155	154	162	167	
Portugal	Mill. EUR	20	18	22	18	16	21	23	19	16	
* Afrika	Mill. EUR	49	47	50	43	43	50	43	61	64	
* Amerika	Mill. EUR	249	241	252	238	223	226	233	230	243	
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	179	180	184	174	163	169	181	174	189	
* Asien	Mill. EUR	274	260	258	300	205	275	226	257	340	
darunter nach Japan	Mill. EUR	53	44	37	41	33	42	44	54	45	
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	16	18	18	16	13	21	17	22	20	
Einfuhr (Generalhandel)											
* Insgesamt	Mill. EUR	1 480	1 390	1 313	1 456	1 314	1 503	1 669	1 621	1 632	
darunter											
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	136	137	147	139	138	137	148	151	158	
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 345	1 253	1 166	1 317	1 176	1 235	1 371	1 330	1 332	
davon											
* Rohstoffe	Mill. EUR	34	36	30	45	16	19	17	19	50	
* Halbwaren	Mill. EUR	197	171	173	170	161	170	194	175	187	
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 113	1 047	962	1 101	999	1 046	1 161	1 136	1 095	
davon											
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	285	264	244	272	223	263	291	279	279	
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	828	783	718	830	776	783	870	857	816	
* davon aus											
* Europa	Mill. EUR	1 132	1 085	1 012	1 139	1 028	1 200	1 346	1 283	1 318	
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	923	864	801	745	825	993	1 129	1 059	1 072	
Belgien	Mill. EUR	146	138	105	134	110	161	199	209	196	
Luxemburg	Mill. EUR	24	21	16	17	30	27	25	20	25	
Dänemark	Mill. EUR	36	31	10	50	27	38	32	31	36	
Finnland	Mill. EUR	6	5	3	5	11	5	5	4	6	
Frankreich	Mill. EUR	192	196	187	190	206	270	238	232	250	
Griechenland	Mill. EUR	3	3	2	1	1	2	5	4	2	
Großbritannien	Mill. EUR	75	65	59	61	71	62	82	72	71	
Irland	Mill. EUR	11	11	10	8	8	14	14	21	13	
Italien	Mill. EUR	99	95	95	96	85	91	130	113	103	
Niederlande	Mill. EUR	179	158	160	171	140	181	209	177	195	
Österreich	Mill. EUR	46	43	49	52	39	45	61	41	36	
Schweden	Mill. EUR	26	26	24	34	22	19	35	57	37	
Spanien	Mill. EUR	62	57	54	59	61	69	80	65	71	
Portugal	Mill. EUR	19	15	27	19	14	9	14	13	34	
* Afrika	Mill. EUR	34	29	45	30	26	30	31	36	25	
* Amerika	Mill. EUR	152	125	122	139	108	129	146	150	126	
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	125	105	108	120	93	108	117	113	87	
* Asien	Mill. EUR	157	147	132	145	147	140	143	147	158	
darunter aus Japan	Mill. EUR	32	30	25	28	27	31	32	37	30	
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	4	3	3	4	4	4	5	5	
GEWERBEANZEIGEN ²⁾											
		2001		2002			2003				
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 106	3 065	3 227	2 800	2 789	
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 626	2 630	2 645	2 276	2 365	

1) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird. – 2) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

INSOLVENZEN	Einheit	2001		2002			2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	184	344	337	311	351	368	449	392	344
davon										
* Unternehmen	Anzahl	107	125	146	136	137	120	153	133	98
* Verbraucher	Anzahl	62	106	96	84	80	131	166	165	132
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	.	74	56	58	88	95	108	79	94
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	15	39	39	33	46	22	22	15	20
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	69	133	233	101	73	105	84	164	85
HANDWERK ²⁾		2001	2002	2001	2002			2003		
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
* Beschäftigte ³⁾	1998=100	90,6	87,3	89,7	87,8	86,7	87,3	85,3	80,4	80,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1998=100	102,3	93,6	112,0	86,7	97,0	93,6	97,2	76,0	88,7
PREISE		2001	2002			2003				
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Verbraucherpreisindex	2000=100	101,9	103,4	103,4	103,7	103,5	103,9	104,3	104,5	104,4
VERDIENSTE ⁴⁾		2001 ^f	2002	2001 ^f	2002			2003		
		Durchschnitt		Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 415	2 465	2 425	2 359	2 459	2 484	2 500	2 447	2 535
* Männer	EUR	2 487	2 537	2 497	2 424	2 532	2 555	2 574	2 514	2 608
* Frauen	EUR	1 821	1 853	1 823	1 824	1 839	1 870	1 861	1 880	1 893
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	14,60	15,00	14,65	14,79	14,89	15,05	15,13	15,29	15,34
* Männer	EUR	15,01	15,41	15,05	15,23	15,29	15,45	15,53	15,73	15,74
darunter										
Facharbeiter	EUR	16,12	16,51	16,18	16,35	16,35	16,56	16,64	16,93	16,94
angelernte Arbeiter	EUR	14,41	14,73	14,44	14,55	14,63	14,80	14,82	14,96	15,02
Hilfsarbeiter	EUR	12,13	12,48	12,12	12,25	12,42	12,54	12,58	12,50	12,58
* Frauen	EUR	11,23	11,48	11,27	11,26	11,39	11,54	11,57	11,64	11,67
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,55	10,66	10,53	10,48	10,57	10,72	10,73	10,83	10,86
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,0	37,8	38,1	36,7	38,0	38,0	38,0	36,8	38,0
Arbeiter	h	38,1	37,9	38,2	36,6	38,1	38,1	38,1	36,8	38,1
Arbeiterinnen	h	37,3	37,2	37,2	37,3	37,1	37,3	37,0	37,2	37,3
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 475	3 572	3 487	3 512	3 549	3 586	3 601	3 625	3 640
* Männer	EUR	3 751	3 849	3 764	3 788	3 827	3 864	3 877	3 895	3 912
* Frauen	EUR	2 684	2 776	2 699	2 719	2 752	2 787	2 806	2 837	2 843
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 181	3 284	3 197	3 229	3 264	3 291	3 315	3 358	3 359
Männer	EUR	3 660	3 779	3 680	3 728	3 767	3 783	3 806	3 858	3 854
Frauen	EUR	2 628	2 712	2 643	2 660	2 690	2 723	2 741	2 774	2 780
* technische Angestellte	EUR	3 708	3 798	3 717	3 732	3 772	3 817	3 826	3 831	3 856
Männer	EUR	3 794	3 882	3 803	3 816	3 855	3 902	3 910	3 912	3 939
Frauen	EUR	2 894	3 014	2 909	2 943	2 988	3 027	3 050	3 071	3 076
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 592	2 687	2 617	2 675	2 656	2 698	2 702	2 718	2 734
* Männer	EUR	2 882	2 982	2 907	2 976	2 949	2 993	2 996	2 996	3 021
* Frauen	EUR	2 232	2 303	2 255	2 292	2 279	2 310	2 319	2 350	2 343
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 603	2 700	2 630	2 690	2 674	2 709	2 713	2 727	2 741
Männer	EUR	2 952	3 060	2 981	3 054	3 038	3 070	3 069	3 061	3 081
Frauen	EUR	2 239	2 308	2 262	2 300	2 283	2 313	2 323	2 356	2 350
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 030	3 140	3 052	3 100	3 112	3 152	3 165	3 185	3 208

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsschädigungen, Auslösungen usw.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2001	2002	2001	2002				2003	
		Durchschnitt	Durchschnitt	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	109 195	112 680	111 294	111 559	112 021	113 379	113 760	115 671	112 720
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	14 273	13 677	14 374	13 955	13 606	13 620	13 528	15 970	13 155
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 565	10 931	10 839	11 135	10 828	10 887	10 873	10 601	10 407
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	84 358	88 072	86 081	86 469	87 587	88 872	89 359	89 100	89 158
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	102 591	106 124	104 365	104 767	105 554	106 865	107 311	109 284	106 612
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	90 728	93 391	91 765	91 869	92 932	94 218	94 544	93 830	93 847
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	11 863	12 734	12 600	12 898	12 622	12 647	12 767	15 454	12 765
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 604	6 556	6 929	6 792	6 467	6 514	6 449	6 387	6 108
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	77 100	80 199	80 242	79 143	79 554	79 752	82 347	82 328	83 542
Sichteinlagen	Mill. EUR	17 886	20 241	19 788	19 459	19 838	20 186	21 481	21 523	22 590
Termineinlagen	Mill. EUR	23 500	24 329	24 188	23 786	24 253	24 306	24 970	25 136	25 576
Sparbriefe	Mill. EUR	5 568	5 581	5 587	5 526	5 578	5 564	5 654	5 373	5 226
Spareinlagen	Mill. EUR	30 146	30 049	30 679	30 372	29 885	29 696	30 242	30 296	30 150
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	73 842	77 570	76 910	76 549	76 880	77 115	79 736	79 774	80 754
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	71 627	75 384	74 704	74 476	74 564	74 968	77 529	77 756	78 360
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 215	2 186	2 206	2 073	2 316	2 147	2 207	2 018	2 394
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 258	2 629	3 332	2 594	2 674	2 637	2 611	2 554	2 788
STEUERN		2001	2002				2003			
Aufkommen nach Steuerarten		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 176	2 053	2 040	2 260	1 863	1 744	2 143	2 465	1 836
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	770	712	668	1 035	455	429	796	1 156	472
Lohnsteuer	Mill. EUR	609	615	805	504	509	454	772	555	520
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	119	120	340	-	-	-	327	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	20	16	- 61	191	- 94	- 98	- 65	224	- 84
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	71	46	20	173	29	30	22	195	29
Zinsabschlag	Mill. EUR	33	25	37	9	10	10	6	8	11
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	12	5	28	-	-	-	- 3	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	38	11	- 134	158	2	32	61	174	- 4
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	1	- 30	- 59	-	-	-	44	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 406	1 340	1 372	1 225	1 408	1 316	1 347	1 309	1 364
Umsatzsteuer	Mill. EUR	368	369	394	358	371	339	334	339	369
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 038	971	979	866	1 037	977	1 013	971	995
Zölle	Mill. EUR	104	92	85	79	95	87	94	87	91
Bundessteuern darunter	Mill. EUR	137	111	72	153	96	80	89	129	114
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	95	70	47	91	67	50	59	64	79
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	35	33	18	55	22	23	21	60	24

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch STEUERN	Einheit	2001	2002				2003			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Landessteuern	Mill. EUR	74	74	81	79	80	76	75	84	78
Vermögensteuer	Mill. EUR	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	12	9	12	8	11	11	8	19	13
Grunderwerbsteuer ¹⁾	Mill. EUR	7	13	15	17	17	13	15	15	14
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	37	34	38	34	37	37	36	34	36
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	11	12	11	13	10	12	11	8	11
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	4	0	0	1	3	0
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	4	4	3	4	4	4
		2001	2002	2001	2002			2003		
		Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
Gemeindesteuern	Mill. EUR	373	366	366	341	364	395	364	303	382
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	4	4	4	5	5	4	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	92	95	83	88	102	104	86	89	103
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. EUR	238	248	238	218	234	274	267	201	261
Grunderwerbsteuer										
(Gemeindeanteil) ²⁾	Mill. EUR	30	10	35	23	12	3	1	1	0
sonstige Gemeindesteuern	Mill. EUR	8	8	6	7	11	8	6	7	12
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	583	574	683	485	553	595	664	414	551
Gewerbsteuer (netto) ³⁾	Mill. EUR	177	185	135	191	170	225	155	154	202
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	241	242	379	155	227	220	367	145	200
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	29	29	42	17	27	30	45	13	28
		2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	573	560	527	744	447	459	566	796	477
Landessteuern	Mill. EUR	74	74	81	79	80	76	75	84	78
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	281	252	221	409	138	135	292	463	147
Lohnsteuer	Mill. EUR	214	211	292	164	166	143	278	186	171
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	8	7	- 26	81	- 40	- 41	- 28	95	- 36
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	30	19	6	81	7	14	8	92	9
Zinsabschlag	Mill. EUR	14	11	16	4	4	4	2	3	5
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	15	4	- 68	79	1	16	31	87	- 2
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	203	219	224	256	187	209	194	249	204
Umsatzsteuer	Mill. EUR	137	157	155	188	146	138	136	175	152
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	65	62	69	68	42	71	58	74	52
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	5	6	0	0	17	18	2	0	22
Gewerbsteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	1	0	0	4	3	0	0	4
Gewerbsteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	7	6	0	0	17	14	2	0	18
Gewerbsteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	1	1	0	0	3	3	0	0	4
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 196	1 103	1 042	1 237	1 022'	950	1 118	1 310	1 028
Bundessteuern	Mill. EUR	137	111	72	153	96	80	89	129	114
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	336	307	276	465	196	187	344	519	202
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	717	678	694	619	713'	666	682	663	690
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	5	6	0	0	17	18	2	0	22

1) Bis 2001 nur der Landesanteil. – 2) Ab 2002 Restabwicklung. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

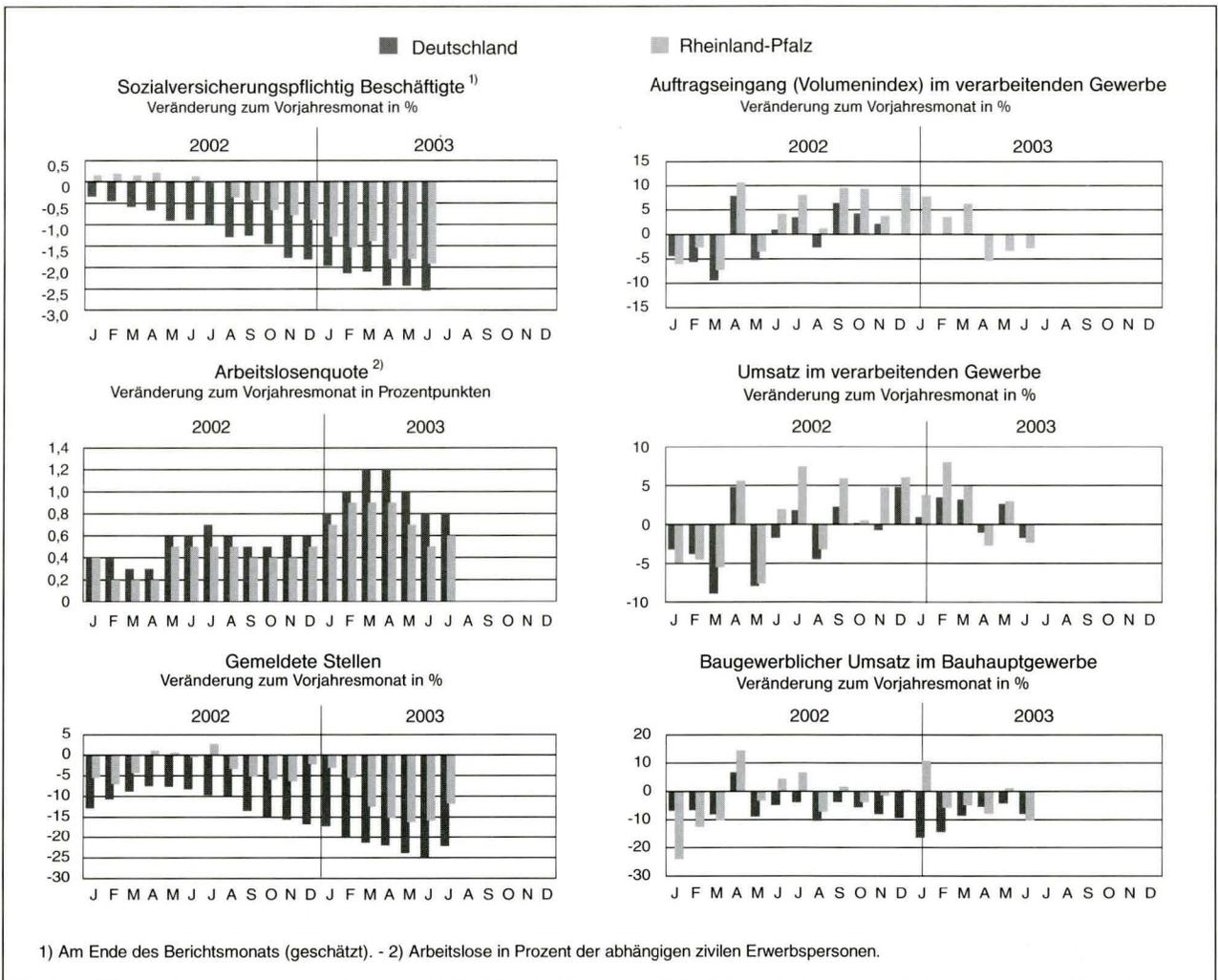
Daten zur Konjunktur Deutschland / Rheinland-Pfalz

Beschäftigte ¹⁾	Land	Einheit	Mai 03	Veränderung in % zum		Juni 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
				Juni 03			Veränderung in % ^{*)} zum	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^P am Arbeitsort ²⁾	D	1 000	26 975	0,1	- 2,4	26 872	- 0,4	- 2,5
	RLP	1 000	1 178	0,1	- 1,8	1 173	- 0,5	- 1,9
darunter								
verarbeitendes Gewerbe	D	1 000	6 940	- 0,1	- 3,2	6 916	- 0,3	- 3,3
	RLP	1 000	328	- 0,1	- 2,9	327	- 0,3	- 3,0
Handel, Verkehr, Dienstleistungen	D	1 000	17 599	- 0,0	- 1,5	17 518	- 0,5	- 1,7
	RLP	1 000	744	0,1	- 0,7	739	- 0,6	- 0,9
Arbeitsmarkt ¹⁾								
			Juni 03	Veränderung in % ^{*)} zum		Juli 03	Veränderung in % ^{*)} zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
*) bei Arbeitslosenquoten Veränderung in Prozentpunkten								
Arbeitslose	D	Anzahl	4 257 425	- 2,0	7,7	4 351 973	2,2	7,5
	RLP	Anzahl	149 113	- 1,7	7,2	153 685	3,1	7,5
Arbeitslosenquote ³⁾	D	%	10,2	- 0,2	0,7	10,4	0,2	0,7
	RLP	%	7,4	- 0,1	0,5	7,6	0,2	0,5
Arbeitslosenquote ⁴⁾	D	%	11,3	- 0,2	0,8	11,6	0,3	0,8
	RLP	%	8,2	- 0,2	0,5	8,5	0,3	0,6
Jüngere unter 25 Jahre	D	%	9,1	- 0,2	- 0,4	10,8	1,7	0,2
	RLP	%	7,2	- 0,1	- 0,6	9,0	1,8	0,1
Gemeldete Stellen	D	Anzahl	373 237	- 5,1	- 25,0	367 042	- 1,7	- 22,1
	RLP	Anzahl	28 791	- 6,0	- 15,8	30 154	4,7	- 11,7
Baugenehmigungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)								
			Mai 03	Veränderung in % zum		Juni 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Gebäude (Neubau)	D	Anzahl	16 419	- 6,4	- 0,4	15 626	- 4,8	- 7,3
	RLP	Anzahl	910	- 1,7	- 0,3	781	- 14,2	- 20,2
Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	D	Anzahl	23 031	- 7,5	- 0,9	22 051	- 4,3	- 6,2
	RLP	Anzahl	1 330	10,6	9,1	988	- 25,7	- 28,5
Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾								
Beschäftigte	D	1 000	6 135	- 0,1	- 1,1	6 128	- 0,1	- 1,1
	RLP	1 000	288	- 0,1	- 2,8	288	- 0,1	- 2,7
Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	D	1 000	775 396	- 1,4	.	746 502	- 3,7	.
	RLP	1 000	36 449	- 1,0	.	34 876	- 4,3	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	D	Mill. EUR	109 480	- 2,9	2,6	109 488	0,0	- 1,7
	RLP	Mill. EUR	5 215	- 2,0	3,0	5 200	- 0,3	- 2,3
Auftragseingang (Volumenindex)	D	1995=100
	RLP	1995=100	103,9	- 4,5	- 3,3	108,1	4,0	- 2,8
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau)								
Beschäftigte	D	1 000	801	0,8	- 10,8	803	0,3	- 10,4
	RLP	1 000	39	0,6	- 8,3	39	0,0	- 8,1
Geleistete Arbeitsstunden	D	1 000	83 617	- 0,6	- 6,8	85 372	2,1	- 9,5
	RLP	1 000	4 149	- 2,1	- 4,6	4 107	- 1,0	- 12,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	D	Mill. EUR	6 808	2,1	- 4,1	7 158	5,2	- 7,8
	RLP	Mill. EUR	337	4,7	1,2	339	0,6	- 10,1
Handel und Gastgewerbe ^{P)}								
Einzelhandel (ohne Kfz-Handel und Tankstellen)								
Beschäftigte	D	2000=100	96,6	- 0,1	- 2,5	96,5	- 0,1	- 2,4
	RLP	2000=100	98,9	0,3	- 2,2	98,7	- 0,2	- 1,9
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	100,3	- 2,3	0,2	92,6	- 7,7	- 1,1
	RLP	2000=100	100,7	- 1,2	- 1,0	94,6	- 6,1	- 1,4

1) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. – 2) Am Ende des Berichtsmonats (geschätzt). – 3) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 4) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 6) Ab Januar 2003 werden anstelle der geleisteten Arbeiterstunden, die geleisteten Arbeitsstunden erhoben. Eine Rückrechnung zur Gewinnung von Vergleichswerten ist nicht möglich.

Daten zur Konjunktur Deutschland / Rheinland-Pfalz

noch Handel und Gastgewerbe ^{p)}	Land	Einheit	Mai 03	Veränderung in % zum		Juni 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Großhandel (ohne Kfz-Handel)								
Beschäftigte	D	2000=100	91,5	0,0	- 2,8	91,3	- 0,2	- 2,7
	RLP	2000=100	89,2	0,1	- 5,5	88,5	- 0,8	- 5,0
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	94,6	- 2,0	0,7	92,6	- 2,1	1,3
	RLP	2000=100	96,4	- 4,5	1,9	91,8	- 4,8	- 2,2
Gastgewerbe								
Beschäftigte	D	2000=100	97,7	2,8	- 3,4	98,6	0,9	- 3,0
	RLP	2000=100	101,6	2,3	- 0,2	103,8	2,2	0,9
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	102,1	15,1	- 2,9	99,0	- 3,0	- 3,6
	RLP	2000=100	106,0	13,4	3,8	106,4	0,4	0,0
Preise								
			Juni 03	Veränderung in % zum		Juli 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Verbraucherpreisindex	D	2000=100	104,4	0,3	1,0	104,6	0,2	0,9
	RLP	2000=100	104,3	0,4	0,9	104,5	0,2	0,8
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
			April 03	Veränderung in % zum		Mai 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Gewerbebeanmeldungen	D	Anzahl
	RLP	Anzahl
Gewerbeabmeldungen	D	Anzahl
	RLP	Anzahl
Unternehmensinsolvenzen	D	Anzahl	3 610	6,3	8,0	3 363	- 6,8	6,9
	RLP	Anzahl	153	27,5	4,8	133	- 13,1	- 2,2



Neuerscheinungen im August

Statistische Berichte

Bildung, Rechtspflege, Wahlen

Berufsbildung 2002

Bestellnr.: B2053 200200

Abschlussprüfungen an Hochschulen im Prüfungsjahr 2002
(Wintersemester 2001/02 und Sommersemester 2002)

Bestellnr.: B3033 200200

Berufsbildende Schulen im Schuljahr 2002/03

Bestellnr.: B2013 200200

Studentinnen/Studenten sowie Gasthörerinnen/Gasthörer
an Hochschulen im Wintersemester 2002/03

Bestellnr.: B3013 200300

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2003 –

Vorläufiges Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung

Bestellnr.: C1013 200300

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland
Anfang Juli 2003 (Berichtszeitraum Mitte April-Ende Juni)

Bestellnr.: C2013 200301

Wachstumstand der Reben Anfang Juli 2003

(Berichtszeitraum Mitte Mai-Anfang Juli)

Bestellnr.: C2063 200301

Viehbestände landwirtschaftlicher Betriebe 2003 –

Vorläufiges Ergebnis der Viehzählung am 3. Mai

Bestellnr.: C3013 200300

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im April 2003

Bestellnr.: G3032 200304

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im Mai 2003

Bestellnr.: G4023 200305

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle 2002

Bestellnr.: H1013 200200

Straßenverkehrsunfälle im Mai 2003

Bestellnr.: H1023 200305

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kfz-Anhängern nach
Gemeinden am 1. Januar 2003

Bestellnr.: H1053 200300

Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen im
1. Vierteljahr 2003

Bestellnr.: H1073 200341

Sozialleistungen

Ausgaben und Einnahmen nach dem
Asylbewerberleistungsgesetz 2002

Bestellnr.: K1133 200200

Jugendhilfe 2001 Teil I – Erzieherische Hilfen,
Teil IV – Ausgaben und Einnahmen
Bestellnr.: K1053 200100

Löhne und Gehälter, Arbeitskosten

Verdienste und Arbeitszeiten im produzierenden Gewerbe,
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe im April 2003

Bestellnr.: N1013 200342

Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in den
kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1992, 1994
und 1996 bis 2001 – Ergebnisse nach ESVG 1995

Bestellnr.: P1023 200100

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den
kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1996 bis
2001 – Ergebnisse nach ESVG 1995

Bestellnr.: P1043 200100

Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten
Haushalte in den kreisfreien Städten, Landkreisen und
Regionen 1992 und 1995 bis 2001

Bestellnr.: P1053 200100

Umwelt

Öffentliche Wasserversorgung 2001

Bestellnr.: Q1023 200101

Sonstige Veröffentlichungen

Handbuch der Finanzstatistik 2002

Bestellnr.: L4116 200200

Die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag in Rheinland-Pfalz
am 22. September 2002 (Band 383)

Bestellnr.: B1412, 200200

Verzeichnis der Krankenhäuser, Vorsorge- oder
Rehabilitationseinrichtungen 2001

Bestellnr.: A4214 200100

(das Verzeichnis ist auch als Diskette erhältlich – Bestellnr.:
A4214D 200100)

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

CD Hebesätze der Realsteuern – Ausgabe 2002

Bestellnr.: L4015C

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen
Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad
Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450

Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de des Statisti-
schen Landesamtes sind die Veröffentlichungen der letzten
acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis
aller Veröffentlichungen abrufbar.

Rheinland-Pfälzer hatten im ersten Halbjahr wenig Lust auf neue Autos

In Rheinland-Pfalz wurden im ersten Halbjahr 2003 fast 10 000 neue Pkw weniger zugelassen als in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres. Knapp 77 800 Mal stellten die Zulassungsstellen Papiere für fabrikneue Fahrzeuge aus. Mit diesem Rückgang um gut 11% war die Lust auf neue Autos im Pendlersland Rheinland-Pfalz noch weit geringer ausgeprägt als im gesamten Bundesgebiet, wo lediglich knapp 1% weniger Neuzulassungen registriert wurden.

Kaum Veränderungen gab es bei den Gebrauchtwagen. Knapp 184 500 Besitzumschreibungen für Pkw meldeten die Zulassungsstellen, das waren rund 2 300 oder 1,2% weniger als im ersten Halbjahr 2002. Bundesweit lag der Rückgang bei 1,6%.

Insgesamt wurden im ersten Halbjahr in Rheinland-Pfalz fast 92 000 neue Fahrzeuge zugelassen.

Knapp ein Zehntel Getreide weniger als im Vorjahr geerntet

Die dieses Jahr sehr früh abgeschlossene Getreideernte beträgt nach dem vorläufigen Ergebnis der Besonderen Erntermittlung 1,27 Mill. t. Das sind gut 9% weniger als im letzten Jahr. Gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2002 beläuft sich das Minus auf 14%. Eine wesentliche Ursache für den Rückgang ist der trockene und heiße Sommer, der regional kaum Niederschläge brachte. Der Getreideertrag liegt mit 52,7 dt/ha um rund 8% unter dem Vorjahreswert.

Die geernteten Erträge waren landesweit in Abhängigkeit von der örtlichen Niederschlagssituation deutlich unterschiedlich. Zu den von der Trockenheit am stärksten betroffenen Regionen gehören Rheinhessen und das Maifeld.

Außer bei der Sommergerste, die mit einem Hektarertrag von 48 dt fast im Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2002 lag, ernteten die Landwirte bei den einzelnen Getreidearten im Schnitt deutlich weniger von einem Hektar. Die Ertragseinbußen reichen von -8% beim Hafer bis -20% beim Roggen.

Gastgewerbe machte im ersten Halbjahr mehr Umsatz

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe setzte im ersten Halbjahr knapp 1% mehr um als in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres. Dies ergab eine Befragung repräsentativ ausgewählter Gastgewerbeunternehmen. Damit lag das Gastgewerbe im Land deutlich

besser als im Bundesdurchschnitt. Deutschlandweit mussten Hoteliers und Gastronomen einen Umsatzrückgang von 6,2% hinnehmen.

In Rheinland-Pfalz verlief die Entwicklung in den einzelnen Branchen unterschiedlich. Die Betreiber von Schankwirtschaften freuten sich über einen Umsatzzuwachs von 1,3%, Hoteliers verzeichneten einen Mehrumsatz von 0,9%. In den Restaurants blieben die Umsätze um 1,9% unter den Vorjahreswerten, bei Kantinen- und Cateringbetrieben um 1,5%.

Die Zahl der Vollzeitkräfte im Gastgewerbe hat sich im ersten Halbjahr gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres um 2,6% verringert. Dagegen setzen die Betriebe stärker auf Teilzeitkräfte; ihre Zahl stieg um 3,1% an.

Fremdenverkehr mit positiver Halbjahresbilanz

Gäste- und Übernachtungszahlen fast so hoch wie im Rekordjahr 2000

Die rheinland-pfälzische Tourismusbranche erreichte im ersten Halbjahr 2003 ein Ergebnis, das nah an das Rekordjahr 2000 heranreicht. Die Gäste- und Übernachtungszahlen lagen in den ersten sechs Monaten nur unwesentlich unter den Werten von vor drei Jahren. Knapp 3 Mill. Gäste buchten insgesamt 8,8 Mill. Übernachtungen. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2002 war das eine Zunahme um jeweils 0,7%.

Besonders stark haben Gasthöfe vom Trend zum Urlaub in Rheinland-Pfalz profitiert. Sie verzeichneten gegenüber dem ersten Halbjahr 2002 ein Plus von 15,3% bei den Übernachtungen und von 4,2% bei den Gästen. Auch Ferienhäuser waren stärker gefragt als im Vorjahreszeitraum; fast 10% mehr Übernachtungen wurden registriert, die Gästezahl stieg um 4,2%. Pensionen, Privatquartiere und Ferienzentren verzeichneten ebenfalls mehr Gäste und Übernachtungen als im ersten Halbjahr 2002, so dass der Schluss nahe liegt, dass mehr Urlauber die „einfache“ Erholung im Land suchen. In den Hotels gab es dagegen bei Gästen und Übernachtungen Rückgänge.

Die stärkere Nachfrage schlug sich in den Ferienregionen unterschiedlich nieder. Die größten Zuwächse gab es in den Mittelgebirgsregionen Westerwald/Lahn/Taunus, Eifel/Ahr und Hunsrück/Nahe/Glan. Im Rheintal – neben dem Weltkulturerbe Mittelrheintal gehört dazu auch der Abschnitt zwischen Koblenz und der Landesgrenze zu Nordrhein-Westfalen – lag die Zahl der Gäste und Übernachtungen dagegen deutlich unter dem Vorjahresniveau. Auch in die Pfalz kamen weniger Gäste als im ersten Halbjahr 2002, die Zahl der Übernachtungen sank ebenfalls. In Rheinhessen wurde das Vorjahresniveau ungefähr gehalten.

kurz + aktuell

Die Preisentwicklung im August

Insgesamt sind die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im August gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,9% gestiegen, gegenüber Juli 2003 sanken die Lebenshaltungskosten um 0,1%.

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke haben sich gegenüber dem August 2002 nicht verändert, gegenüber Juli 2003 gab es einen Rückgang um 1,3%. In der Gruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ schlägt nach wie vor die höhere Tabaksteuer durch und sorgt dort für eine Steigerung um 4,4% gegenüber dem Vorjahr. Die Reisezeit mit höheren Treibstoffkosten macht sich im Preisanstieg in der Gruppe Verkehr bemerkbar. Gegenüber Juli kletterten die Preise um 0,2%, gegenüber August 2002 erhöhten sie sich durchschnittlich um 1,9%. Auch in diesem Wert stecken Steuererhöhungen zum Jahresbeginn (Öko-steuer).

Statistikportal – verbesserter Zugang zu den Daten der amtlichen Statistik

Über das neu eingerichtete Statistikportal der statistischen Ämter des Bundes und der Länder hat jeder direkten Zugang zu amtlichen Basisdaten für Deutschland und seine 16 Bundesländer. Das harmonisierte gemeinsame Datenangebot ergänzt die Informationen in den speziellen Internetangeboten der verschiedenen statistischen Ämter, die natürlich auch über das Portal aufgerufen werden können. Im Statistikportal braucht man in der Regel nur zwei Mausklicks, um zu einer ganzen Palette vorgefertigter Tabellen mit den wesentlichen Eckdaten aus der amtlichen Statistik zu kommen.

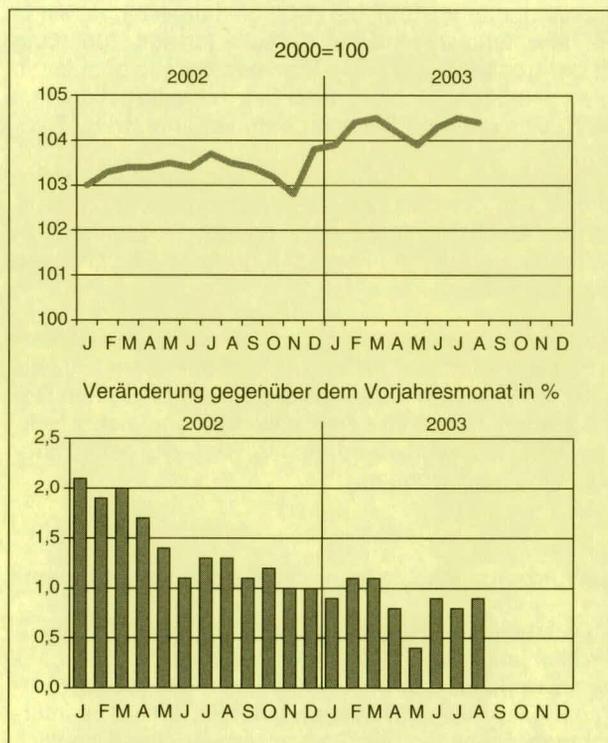
Die Adresse www.statistikportal.de bietet aktuelle Daten und Zeitreihen zu den Themenbereichen der amtlichen Statistik – als einfache Übersichtstabellen oder über die Datenbanken GENESIS-online. Sie ermöglichen, von einer einzigen Oberfläche aus für ganz Deutschland vergleichbare Daten bis hinunter zur Kreisebene zu recherchieren.

Im Übrigen werden eine Online-Abfrage aus dem Gemeindeverzeichnis, ein Verzeichnis der Gemeinschaftsveröffentlichungen sowie Klassifikationen und Kontaktadressen zu den statistischen Ämtern in Deutschland angeboten.

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz nach Güter- und Dienstleistungsgruppen

Güter- und Dienstleistungsgruppen bzw. Lebenshaltung insgesamt	August 2003 2000=100	Veränderung gegenüber	
		August 2002	Juli 2003
		%	
Güter- und Dienstleistungsgruppen			
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103,9	-	-1,3
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	110,1	4,4	-
Bekleidung und Schuhe	100,0	-0,9	0,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	105,1	1,5	0,1
Möbel, Hausrat und laufende Instandhaltung	100,9	-0,2	-0,2
Gesundheitspflege	101,1	-0,8	-
Verkehr	107,0	1,9	0,2
Nachrichtenübermittlung	96,0	0,1	-0,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	101,6	-0,4	0,4
Bildungswesen	104,9	1,7	-
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	109,1	1,0	-0,2
Andere Waren und Dienstleistungen	107,1	1,4	-
Gesamtlebenshaltung			
Verbraucherpreisindex	104,4	0,9	-0,1

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz Januar 2002 bis August 2003



Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSFESTE RHEINLAND-PFALZ · 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft EUR 2,10, Jahresabonnement EUR 22,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon 02603 71-2450, Telefax 02603 71-3150, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2003 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.